KOMMUNISTISCHER BUND WIEN

RUNDSCHREIBEN 47

Inhalt: Antwort auf Schrack/Wertheim, G.St.
Antwort auf L.(VUV), W.L.
Beschlüsse der Konferenz von Klagenfurt

+ Die Leitung hat beschlossen, die 2. o.Dk. um 1 Monat zu verschieben. Nach dem ursprünglichen Plan wären nur in der Leitung zur Diskussion des RB/Entwurfes höchstens drei bis vier Tage zur Verfügung gestanden. Das ist angesichts der Bedeutung, die der RB auch für die künftige Politik der nationalen Organisation haben soll, entschieden zu wenig.

+ Die Genossen F.Sp., W.R., R.F. werden beauftragt, bis 1o.1.1976 einen Beschlussentwurf für die Einrichtung einer Wirtschaftskommission auszuarbeiten.

+ Alle Genossen, die im Jänner oder April zum Militär gehen, sollen dies umgehend beim St.A. melden. Weiters soll in <u>allen</u> Einheiten <u>aller</u> Organisationen ermittelt werddn, wer in welchem Reservisten-Rang ist (Chargen, Uoff., Off.) und die genaue Aufstellung ebenfalls an den St. A. weitergeleitet werden.

+ Die Broschüre "Revolutionäre Programme" ist ab 9.1. über den Verlag zu beziehen. Kosten S 15,--, 62 Seiten.

+ Auf der Konferenz in Klagenfurt wurden die hier im RS abgedruckte Resolution und die dazugehörigen Beschlüsse einstimmig angenommen.

Weiters wurde festgelegt, dass wir uns auf die Herausgabe einer gemeinsamen Broschüre orientieren, die im Laufe dieses Monats ausgearbeitet werden soll.

Über die jüngste Entwicklung in der Slovenen-Frage (Kreisky - Tito, Nationalitätengesetz) wird im Klaka 1/76 ein Artikel erscheinen, den die Kollektive genauer im Zusammenhang mit den Beschlüssen diskutieren sollen.

In Klagenfurt wurde festgelegt, dass wir entschlossen sind, uns darauf zu orientieren, dass das Gesetz über die besondere Volkszählung nicht zustande kommt. Die Bedingungen, um dieses Ziel zu erreichen, sind günstig, einerseits befindet sich die Regierung in dieser Frage in einem ständigen Rückzug und glaubt selbst nicht mehr so recht an die Wirksamkeit des von ihr vorgeschlagenen Wegs zur Lösung dieses Widerspruches, auf der anderen Seite gibt es, bzw. sind auf der Seite des Volks, eine Reihe von demokratischen Initiativen zu erwarten. Zumeist wurde hier die Forderung "Verwirklichung des Art. 7" aufgestellt. Unsere Aufgabe wird es sein, anknüpfend an der positiven Seite dieser Forderung zu zeigen, dass sie ungenügend ist als Grundlage einer breiten Aktionseinheit gegen das geplante <u>Gesetz</u>, das neben der Minderheitenfeststellung sicherlich noch andere Festlegungen für eine verstärkte staatliche Schnüffelei enthalten wird.

Für die Agitation wird es wichtig sein, einen klaren Standpunkt zum Chauvinismus einzunehmen und immer darauf zu achten, dass dieser von der Bourgeoisie <u>immer</u> als Mittel zum Zweck besonders hochgespielt wird.

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz und die Entlassung von ausländischen Arbeitskräften sind gute Beispiele, die das weiter beleuchten können.

Für uns ergibt sich aus den Klagenfurter Beschlüssen zunächst einmal, dass wir die Frage <u>zentral</u> aber auch von den Kollektiven her selbständig vor den Betrieben aufwerfen, mit unseren Sympathisanten und sympathisierenden Gruppen diskutieren und sie für die Aktionseinheit auf der vorgeschlagenen Grundlage gewinnen.

II

Wir müssen weiters damit rechnen, dass die Regierung in naher Zukunft eine Reihe von Schachzügen setzen wird, um eine drohende Blamage (international und national) abzuwenden. Die Kollektive sollen deshalb die Zeitung aufmerksam verfolgen um am laufenden zu bleiben.

K.P.

RS 47

ZUR KLASSENKAMPFSITUATION IN ÖSTERREICH

(Antwort auf die Kritik des Kollektivs Schrack/Wertheim des KB Wien an der bisherigen Einschätzung sowie Methode der Analyse der Klassenkampfsituation. Überlegungen zum Abschnitt des neuen Rechenschaftsberichts über die Entwicklung der politischen Lage in Österreich.)

Im RS 42 wurde eine Stellungnahme des Kollektivs Schrack/Wertheim veröffentlicht. Darin werden Inhalt und Methode der Einschätzungen der Klassenkampfsituation kritisiert, wie sie in unserem letzten Rechenschaftsbericht und in einigen anderen Dokumenten getroffen wurden.

In dieser Stellungnahme steht das Gewicht der Argumente in einem schlechten Verhältnis zur Schärfe der Worte. Insgesamt fällt sie weit hinter den Rechenschaftsbericht zurück, den die 1.Ordentliche Delegiertenkonferenz beschlossen hat.

Die vorgebrachten Argumente sind aber in dieser oder jener Form relativ weit verbreitet. Deshalb ist es nützlich und notwendig, ausführlich auf sie einzugehen. Das gibt auch Gelegenheit, einige vorbereitende Überlegungen für die Ausarbeitung des neuen Rechenschaftsberichtes anzustellen, vor allem für den Abschnitt über die Entwicklung der politischen Lage in Österreich.

Der Rechenschaftsbericht muß als Waffe der Organisation für die Praxis behandelt werden

Warum sind die von Schrack/Wertheim vorgebrachten Argumente relativ weit verbreitet? Das hat seine Gründe einerseits in den natürlich vorhandenen und nie bestrittenen Fehlern und Mängeln des Rechenschaftsberichts an die 1.Ordentliche Delegiertenkonferenz. Andererseits liegt das an der liberalen Handhabung dieses Dokuments durch Leitung und Organisation.

Worin bestand diese liberlae Handhabung? Der jährliche Rechenschaftsbericht der Leitung dient vor allem dem Zweck, sich Klarheit über die aktuelle Entwicklung der politischen Lage und die Aufgaben der Kommunisten in dieser konkreten Situat on zu verschaffen, sowie sich Rechenschaft abzulegen über die Erfüllung der Aufgaben in der Vergangenheit und Lehren aus diesen Erfahrungen zu ziehen für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben. Der Rechenschaftsbericht soll also die Grundlage und Leitlinie für die politische Arbeit des nächsten Jahres. Diese Waffe muß in der Praxis angewendet und ständig auf ihre Tauglichkeit überprüft werden. Eine liberale Haltung zu einem solchen zentralen politischen Dokument der Organisation nimmt man ein, wenn man es nach der Beschlußfassung beiseitelegt, seine politischen Aufgaben angeht, als ob es dieses Dokument gar nicht gebe, Fehler und Schwächen dieses Dokuments mit Stillschweigen übergeht bzw. es gar nicht daraufhin überprüft.

Wir wissen, daß das seit der Delegiertenkonferenz oft genug der Fall war. Der Rechenschaftsbericht wurde selten als die Waffe gebraucht, als die ergeschaffen wurde. Mit seinen Schwächen kann das nicht entschuldigt werden : Erstens trifft er der Grundlinie nach

und in den wichtigsten Fragen der Politik richtige Einschätzungen und Festlegungen, deren Beachtung uns viele Fehler ersparen hätte können und auch jetzt noch ersparen kann. Zweitens darf jemand, der zur Auffassung kommt, die Waffen der Organisation seien untauglich, sie deshalb nicht einfach beiseitelegen, sondern muß dafür eintreten, daß sie eingezogen und durch taugliche ersetzt werden.

Wir müssen lernen, eine richtige Haltung zu den politischen Dokumenten unserer Organisation einzunehmen. Schon jetzt hat die liberale Haltung dazu Schaden angerichtet. Noch schlechter wäre es, wenn sich auch in der neuen nationalen Organisation eine solche Haltung zu Programm, Politischem Dokument und Rechenschaftsbericht breitmachen könnte. Ohne eine richtige Haltung zu den beschlossenen Grundsätzen und Leitlinien der Organisation ist das einheitliche Handeln der Organsiation nach dem geimeinsamen politischen Plan, seine Überprüfung und Weiterentwicklung unmöglich.

Das Kollektiv Schrack/Wetheim ist nun zur Auffassung gekommen, daß der alte Rechenschaftsbericht in seinem Kernstück, der Einschätzung der politischen Lage, falsch ist und diese Feller im neuen Rechenschaftsbericht korrigiert werden müssen.

Insbesondere wendet sich das Kollektiv gegen zwei Thesen des Rechenschaftsberichts: Gegen die These, daß "aufgrund objektiver Bedingungen und subjektiver Entwicklungen in der Arbeiterklasse und im Volk der Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand der raschen Veränderung überzugehen begonnen" habe. Weiters gegen die These, daß "das Volk weiter nach links" xxxxxx gegangen sei und diese Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk zu einer anhaltenden Strömung nur dann werden könne, wenn die Kommunisten erfolgreich politische Klarheit und Bewußtheit unter den Volksmassen verbreiten. Das Kollektiv kritisiert die Feststellung des Rechenschaftsberichts, daß es einen Aufschwung des Kampfs der Arbeiterklasse um die Erhaltung des Lebensniveaus und ein Ansteigen der Volkskämpfe gegeben habe.

Über dieser Kritik an diesen Thesen kommt das Kollektiv zu der Meinung, daß die Methode der Untersuchung der politischen Lage durch den Rechenschaftsbericht falsch war.

Um auf die in der Stellungnahme vorgebrachten Argumente einzugehen, müssen sie erst entwirrt xxxxxx und in einen systematischen Zusammenhang gebracht werden. Die Kritik des Kollektiv folgt nämlich der Methode, zuerst alles durcheinanderzubringen und dann empört festzustellen, daß xxxx in diesem heillosen Durcheinander sich doch niemand auskennen können, daß alles unklar sei und man zur Klärung der Sache endlich eine ordentliche Analyse brauche.

<u>Der Ausgangspunkt der Untersuchung der Klassenkampfsituation</u>

Beginnen wir beim Ausgangspunkt der Untersuchung der politischen Lage. Ohne direkt darauf einzugehen, nimmt die Stellungnahme des Kollektivs dazu eine ganz andere Haltung ein als der Rechenschaftsbericht.

Um ein klares Bild von der gegenwärtigen Lage im Klassenkampf zu bekommen, schlägt das Kollektiv vor,
"- die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und die Auswirkungen auf Arbeiterklasse und Bourgeoisie,
- die Reaktion der Arbeiterklasse und der Bourgoisie darauf und die Entwicklung des Klassenkampfs an den verschiedenen Fronten"
zu untersuchen.

Der Rechenschaftsbericht dagegen geht davon aus, daß die Klassenkampfsituation in einem bestimmten Land nur im Zusammenhang mit der

Entwicklung der Lage auf der ganzen Welt richtig untersucht werden kann. Ergeht davon aus, daß die internationale Lage heute von der Entwicklung von vier Hauptwidersprüchen bestimmt ist.

"Die Marxisten-Leninisten sind stets der Meinung, daß die grundlegenden Widersprüche diese sind:
Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager;
die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder;
die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus;
die Widersprüche zwischen den verschiednen imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiednen monopolkapitalistischen Gruppierungen. ...
Diese Widersprüche und die Kämpfe, die sie verursachen, sind miteinander verbunden und beeinflussen einander. Keine dieser grundlegenden Widersprüche darf man verwischen, noch nach eigenem Gutdünken einen Widerspruch an die Stelle eines anderen ~~xxxxxxxxx~~ setzen.
Diese Widersprüche werden in allen Ländern unvermeidlich zum Ausbruch von Revolutionen führen und können auch nur durch die Revolutionen der Völker gelöst werden." (Aus dem "Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" der KP Chinas, 1963).
Während also der Rechenschaftsbericht in seiner Untersuchung der Lage von der Entwicklung der Hauptwidersprüche in der Wlt ausgeht und die Entwicklung der Widersprüche in österreich im Rahmen dieser Hauptwidersprüche untersucht, setzt die Stellungnahme des Kollektivs "nach eigenem Gutdünken einen Widerspruch an die Stelle aller anderen": nämlich den Hauptwiderspruch in Österreich zwischen Bourgoisie und Proletariat an die Stelle der vier Hauptwidersprüche in der Welt, die sich in ihrer Gesamtheit objektiv und subjektiv auf der Grundlage des inneren Hauptwiderspruchs in Österreich auswirken.

Daß das der Fall ist, geht nicht nur aus dem ersten Absatz der Stellungnahme und aus dem zitierten Vorschlag zur Untersuchung der Lage hervor. Es prägt die gesamte Stellungnahme, in der mit keinem Wort von etwas anderem die Rede ist, als von den Verhältnissen in Österreich, die allein den Gegenstand der Untersuchung der Klassenkampfsituation ausmachen sollen.

Damit nicht genug. Der Vorschlag des Kollektivs zur Untersuchung der Lage läuft auf die Beschränkung der Analyse und Einschätzung der Klassenkampfsituation auf den ~~Xxxxxxx~~ Widerspruch zwischen den Hauptklassen unserer Gesellschaft, zwischen Bourgoisie und Proletariat hinaus. Dieser Widerspruch ist nun zwar der hauptsächliche innere Widerspruch in Österreich, doch reichtx seine Untersuchung zur Einschätzung der politischen Lage keineswegs aus. Vielmehr muß die Untersuchung versuchen, alle Widersprüche, die für die politische Lage bestimmend sind, in ihrer Entwicklung zu analysieren.

Rechenschaftsbericht und Stellungnahme haben also ganz unterschiedliche Ausgangspunkte für die Untersuchung der politischen Lage. Der Ausgangspunkt des Rechenschaftsberichts ist richtig und bildet die Voraussetzung für eine richtige Einschätzung der Lage. Der Ausgangspunkt der Stellungnahme ist falsch und bietet die Voraussetzung für eine falsche Einschätzung der Lage.

Der Beginn des Übergangs von einem Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand der raschen Veränderung

Im Rechenschaftsbericht wird nach der Untersuchung der Entwicklung der Hauptwidersprüche auf der Welt in der Einleitung zum Abschnitt II über die politische Lage in Österreich festgestellt:

"Der Aufruhr in der ganzen Welt übt auf den Klassenkampf in Österreich einen großen Einfluß aus. Wenn sich die Ereignisse in der Welt überstürzen und die ganze Welt immer mehr in Bewegung kommt, dann wird auch die Entwicklung des Klassenkampfs in Österreich ihren allmählichen Gang nicht beibehalten. Die Grundlage, auf der sich die internationalen Widersprüche auswirken, ist das kapitalistische Ausbeutersystem in Österreich mit seinem Hazptwiderspruch zwischen Bourgoisie und Proletariat. Aufgrund objektiver Bedingungen und subjektiver Entwicklungen in der Arbeiterklasse und im Volk hat der Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand der raschen Veränderung überzugehen begonnen."(S.36)

Von welchem Zustand ist hier die Rede? Vom Zustand des Klassenkampfs. Unterschieden wird der Zustand des relativen Klassenfriedens, der Zustand des offenen Klassenkampfs und der Übergang zwischen beiden Zuständen. Festgestellt wird, daß die Entwicklung der Hauptwidersprüche auf der Welt und ihr Wirken auf der Grundlage der inneren Widersprüche in Österreich die objektiven und subjektiven inneren und äußeren Bedingungen des Klassenkampfs in Österreich stark verändert hat und daß unter dem Einfluß dieser Veränderungen der Klassenkampf in Österreich vom Zustand des relativen Klassenfriedens in einen Zustand der raschen Veränderung überzugehen beginnt.

Die Stellungnahme des Kollektivs klaubt sich nun den letzten Satz aus der zitierten Passage des Rechenschaftsberichts und betrachtet ihn durch die Brille seines falschen Ausgangspunktes, der die Entwicklung der Widersprüche auf der Welt und ihre Beziehung zu den Widersprüchen in Österreich ignoriert. Seiner Meinung nach ist es so, "daß wir der Entwicklung des Klassenkampfes vorgreifen, wenn die jetzige Situation schon zu einem beginnenden Übergang zu rascher Veränderung gemacht wird. Ganz einfach deshalb, weil ~~xix~~ der Klassenkampf noch nicht einmal das Stadium offener Klassenauseinandersetzungen an einzelnen Punkten des Landes erreicht hat."

Noch nicht einmal das Stadium offener Klassenauseinandersetzungen erreicht! Das ist tatsächlich stark. Gegen die Feststellung, daß wiram Beginn eines Übergangs vom Zustand des relativen Klassenfriedens zum Zustand des offenen Klassenkampfs stehen, diesen Zustand also noch nicht erreicht haben, wird "kritisch" angemerkt: daß wir diesen Zustand noch nichteinmal erreicht haben! Von einem Beginn des Übergangs zu sprechen, sei vielmehr "der Entwicklung des Klassenkampfs vorgegriffen". Von diesem Beginn des Übergangs zu sprechen, wäre nach Meinung des Kollektivs offensichtlich erst dann nicht mehr"vorgegriffen", wenn der Übergang schon vollzogen und der Zustand des offenen Klassenkampfs bereits erreicht ist.

Diese absurde Argumentation läuft auf nichts anderes hinaus, als den Übergang von einem Zustand in den anderen überhaupt zu bestreiten. Entweder relativer Klassenfriede oder offener Klassenkampf - dazwischen scheint es für das Kollektiv Schrack/Wertheim nichts zu geben. Da vom offenen Klassenkampf nichts zu sehen ist, haben wir eben den relativen Klassenfrieden in Österreich. Und hat man sich erst einmal so gründlich den Blick auf die Übergänge vom einen in den anderen Zustand verbaut, bleibt wohl auch das dicke Ende nicht lange aus, daß man den anderen Zustand überhaupt für etwas unrealistisches hält. So klingt es denn auch aus der ganzen Stellungnahme: Den relativen Klassenfrieden hatten wir, den haben wir und den werden wir wohl aich noch lange haben.

Änderungen sind nicht in Sicht, sogar der Beginn des Übergangs zu Änderungen ist "der Entwicklung des Klassenkampfs vørgegriffen"!

Wie sieht der Rechenschaftsbericht diese Frage? Er hält fest, daß in den letzten Jahren in Österreich der Zustand des relativen Klassenfriedens herrschte. Gemeint ist damit die Periode, die der Niederlage der Arbeiterbewegung und der politischen Entwaffnung der Arbeiterklasse folgte, deren Besiegelung im wesentlichen in der Zerschlagung der Massenstreiks gegen den 4.Lohn-Preis-Pakt und im endgültigen Übergang der KPÖ ins Lager der Bourgoisie zu sehen ist.

Dieser Zustand des relativen Klassenfriedens bedeutete nicht völligen Stillstand. So gab es etwa vor allem in den 50er Jahren und 60er Jahren durchaus noch Streiks größeren Ausmaßes, die aber von den bürgerlichen Machthabern in der Gesellschaft immer fester in den Griff genommen wurden und vom zügigen Auf-und Ausbau des Sozialpartnerschaftsapparates bei gleichzeitig immer engerer Verschmelzung der Gewerkschaftsführung mit den Spitzen des bürgerlichen Staats und des Monopolxxxxkapitals begleitet waren. 1959, 1960 und 1964 waren die letzten Jahre, in denen selbständige spontane Kampfaktionen der Lohnabhängigen ohne Unterstützung und Führung durch die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften großes Ausmaß erreichten und einen großen Teil der genannten Streiktätigkeit ausmachten (41%, 26% und 22% der gesamten Streikstundenzahl). In den folgenden Jahren spielte diese Selbständige Kampftätigkeit der Lohnabhängigen eine immer geringere Rolle. (Auf die Bedingungen, unter denen das sich so entwickelte, kann und muß in diesem Zusammenhang nicht weiter eingegangen werden.)

Diese Entwicklung der Streiktätigkeit ist ein Anzeichen, wenn auch nicht das einzige, für den relativen Klassenfrieden, xxxx der der Niederlage der Arbeiterbwegung und der politischen Entwaffnung der Arbeiterklasse Ende der 40er Jahre und in den 50er Jahren folgte.

Der Rechenschaftsbericht hält nun erstens die Veränderungen der inneren und äußeren Bedingungen des Klassenkampfes fest, die in den letzten Jahren vor sich gegangen sind und gehen (Entwicklung und Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Krise des Imperialismus, schließlich Einsetzen der tiefsten Krise in Österreich seit Kriegsende). Zweitens zeiht er aus einer quantitativen und qualitativen Untersuchung der Kampftätigkeit und Bewegungen an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfs unter diesen geänderten Bedingungen den Schluß, daß dieser Zustand beginnt, in einen Zustand der raschen Veränderung überzugehen.

Weder wird behauptet, dieser Übergang sei bereits erfolgt, noch hat der Rechenschaftsbericht von Untersuchungen in Deutschland "leider nur das Ergebnis übernommen", ohne die Entwicklung in Österreich zu untersuchen, wie das Kollektiv Schrack/Wertheim meint. Vielmehr befaßt sich der Rechenschaftsbericht über weite Strecken mit der Zusammenfassung solcher Untersuchungen, wie sich der Klassenkampf unter der festgestellten Entwicklung der äußeren und inneren Bwdingungen in Österreich entwickelt. Das muß trotz der Beschränktheit und Mängel der damals für uns möglichen Untersuchungen gegenüber dieser Kritik festgehalten werden.

Diese Utersuchungen und ihre Ergebnisse werden vom Kollektiv Schrack/Wertheim in Frage gestellt bzw. als falschkritisiert. Wie werden diese Einwände begründet?

Der Aufschwung der spontanen Rebellion in den Betrieben

Der Rechenschaftsbericht stellt einen Aufschwung der wirtschaftlichen Kämpfe der Lohnabhängigen mit Beginn der 70er Jahre fest: "Die österreichische Arbeiterklasse hat sich trotz der durch die SP-Alleinregierung und der Politik der ÖGB-Führung entstandenen schwierigen Situation in zahlreichen Kämpfen gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Systems aufgelehnt. Eine Untersuchung dieser Kämpfe zeigt, daß sich die österreichische Arbeiterklasse in zunehmenden Maße von der Sozialpartnerschaftspolitik ihrer reformistischen Führer zu lösen beginnt und selbständig den Kampf aufnimmt. Nach Jahren der relativen Ruhe in den Betrieben nimmt die spontante Rebellion gegen die kapitalistischen Verhältnisse einen Aufschwung." ("Ergebnisse...",S.40)

Hier hakt das Kollektiv Schrack/Wertheim ein und und behauptet, gestützt auf einige Zahlen aus der Streikstatistik, daß "vom quantitativen Aspekt her jedenfalls kein Aufschwung festgestellt werden kann. Wie es qualitativ aussieht, dazu steht noch eine Analyse aus." Von einem Wendepunkt zu sprechen sei unberechtigt. Vorgeworfen wird dem Rechenschaftsbericht, er hätte sich in der quantitativen Untersuchung der Streikstatistik nur auf die Gesamt-Streikstündenzahl von 1971 und 1973 gestützt und eine qualitative Untersuchung gar nicht erst vorgenommen.

Diese Kritik ist völlig aus der Luft gegriffen. Einmal wird die Erwähnung der Streikstundenzahlen der beiden letzten Jahre als die quantitative Untersuchung selbst aufgefaßt. In Wirklichkeit handelte es sich bei diesen Zahlenx nur um eine Illustration der festgestellten Entwicklung, die im einzelnen nicht dargestellt wird. Nun ist es so, daß diese Illustration ungünstig gewählt war, weil sie kein ausreichendes Bild der Entwicklung zeigt. Weiters wäre es sicher besser gewesen, diese Entwicklung nicht nur zu bezeichnen und zu illustrieren, sondern ausführlicher und differenzierter darzustellen.Diese Schwächen in der Darstellung ändern jedoch nichts daran, daß dieLeitung bei der Erstellung der Rechenschaftsberichts sehr wohl eine ausführliche quantiative Untersuchung der Streiktätigkeit über einen langen Zeitraum vornehmen, und vor allem,daß das Ergebnis dieser Untersuchung richtig war.

Die Stellungnahme des Kollektivs wirft dem Rechenschaftsbericht vor, daß er seine Aussagen "auf nichts gründete und nur den Anschein einer Analyse erweckte" und damit zu "auf katastrophalen Mängeln beruhenden Aussagen kam". Die Stellungnahme selbst geht da "ganz anders" vor. Sie nimmt sich die 800.000 Streikstunden des Jahres 1973 her und findet es"besonders schmerzlich und enttäuschend",daß der Rechenschaftsbericht von ihnen nicht die Streikstunden aus dem Lehrerstreik abgezogen hat, "womit die 800.000 Stunden in sich zusammensinken und auf einmal nur mehr 96.695 Streikstunden der Arbeiterklasse übrig bleiben, die uns hier einzig und allein interessieren." Damit gab es nach Schrack/Wertheim im Jahre 1973 keinen Aufschwung, sondern "tatsächlich einen gewissen Abschwung".

Wenn hier etwas "schmerzlich und enttäuschend"ist, so gerade der Standpunkt der Stellungnahme, die es ganz und gar nicht interessiert, wenn über 60.000 Lehrer zwei Tage lang für Gehaltsforderungen streiken.Der Rechenschaftsbericht hat diesen Streik tatsächlich nicht als "Abzugsposten" behandelt und und sich einzig und allein für die Stxreikstunden der Arbeiterklasse interessiert, wie das vom Kolektiv angeregt wird. Wenn die bloße Erwähnung dieser Zahlen im

im Rechenschaftsbericht ohne genauere Darstellung der Entwicklung auch kein ausreichendes Bild gibt, so wäre es doch andererseits völlig unberechtigt gewesen, diesen Streik nicht als Bestandteil der wirtschaftlichen Kampftätigkeit der Lohnabhängigen zu behandeln und einfach abzuziehen.

Die Rechnerei der Stellungnahme läuft jedoch auf etwas Wesentlicheres hinaus: Nämlich auf die Feststellung, daß es Anfang der 70er Jahre keineswegs einen Aufschwung der spontanen Rebellion in den Betrieben gegen die kapitalistischen Verhältnisse gegeben habe gegenüber den xxxxxxxxx vorangegangenen Jahren der relativen Ruhe.

Bei ihrer "Beweisführung" dafür geht die Stellungnahme so vor, wie sie es dem Rechenschaftsbericht zu Unrecht vorwirft. Sie nimmt sich einfach die Gesamtzahl der Streikstunden der verschiedenen Jahre her, ohne sie auch nur im geringsten einer qualitativen Untersuchung zu unterziehen.

Worauf stützte sich die Feststellung eines Aufschwungs der spontanen Rebellion in den Betrieben?

Die Feststellung des Rechenschaftsberichts, daß nach einer Periode der relativen Ruhe die spontane Rebellion gegen die kapitalistischen Verhältnisse einen Aufschwung genommen hat, bezog sich sowohl auf quantitative als auch auf qualitative Entwicklungen der wirtschaftlichen Kampftätigkeit der Lohnabhängigen. Die Streiks der 70er Jahre werden im Rechenschaftsbericht selbst einer relativ ausführlichen qualitativen Untersuchung unterzogen (Seiten 40 bis 45).

In welchem Verhältnis standen die Kämpfe dieser Periode zu der Entwicklung in den Jahren vorher? Dazu ist es aufschlußreich, die Entwicklung der Kämpfe zu verfolgen, die auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung aufgenommen und geführt wurden. In ihnen kommt unter den gegenwärtigen Bedingungen am klarsten zum Ausdruck, wieweit sich die Lohnabhängigen von der Sozialpartnerschaftspolitik der bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft nicht mehr fesseln lassen und selbständig für ihre Interessen in den Kampf gehen. Die Zahlen der nicht gewerkschaftlich anerkannten Streiks in der offiziellen Streikstatistik geben darauf Hinweise, wenn auch nicht vollständigen Aufschluß. Letzteres deshalb nicht, weil Streiks oft durchaus gegen den Willen der bürgerlichen Gewerkschaftsführung beginnen und diese sie erst nachträglich anerkennt, um sie unter Kontrolle zu bekommen (etwa der Bauarbeiterstreik 1972). Weiters weil dadurch nicht alle kleineren selbständigen Kampfaktionen auf der Ebene von Abteilungen etc. XXXXXX Eingang in die offizielle Streikstatistik finden (So werden in der Streikstatistik des Jahres 1975 weder die insgesamt 20-stündigen Streikversammlungen der Unilever-Arbeiter in Atzgersdorf im Zuge der Lohnverhandlungen für die Fettarbeiter, noch die Proteststreiks bei Wertheim und Görz aufscheinen).

Hier nur ein kurzer Überblick über die Entwicklung, der natürlich keine allseitige Analyse der wirtschaftlichen Kampftätigkeit in den letzten 15 Jahren darstellt, aber (mit dem Rechenschaftsbericht zusammengenommen) für die Behandlung der hier anstehenden Fragen ausreichen dürfte.

Der Anteil der Streikstunden, der auf gewerkschaftlich nicht anerkannte Streiks entfiel, bewegte sich seit 1960 durchwegs auf sehr niedrigem Niveau, ausgenommen 1964, als die 5000 Mittelschullehrer ohne gewerkschaftliche Anerkennung einen eintägigen Warnstreik

wegen der Nichterfüllung der Forderung auf Herabsetzung der Lehrverpflichtung um eine Wochenstunde durchführten. Von diesem Jahr abgesehen, entfielen von 1961 bis 1969 keine 10% der Streikstunden pro Jahr auf nicht anerkannte Streiks bei gleichzeitig auch absolut abnehmendem Ausmaß dieser Streiks und der daran beteiligten Arbeiter.

Ab 1970 zeichnet sich in dieser Entwicklung eine Wende ab. Die nicht anerkannten Streiks nehmen wieder einen großen Anteil der gesamten Streikstunden ein. 1971 und 1974 entfallen sogar drei Viertel der Streikstunden auf gewerkschaftlich nicht anerkannte Streiks. Darin spiegelt sich vor allem die veränderte Situation nach dem Regierungsantritt der Sozialdemokratie, die die Lohnabhängigen zunehmend zwingt, ihre Interessen ohne die gewerkschaftliche Unterstützung zu führen, wenn sie nicht kampflos darauf verzichten wollen. Daß ein relativ kleiner, aber wieder anwachsender Teil der Lohnabhängigen dazu nicht bereit ist, zeigen die Zahlen der an diesen Streiks beteiligten Arbeiter und Angestellten.

	Anteil der gewerkschaftlich nicht anerkannten Streiks an der Gesamt-Streikstundenzahl des Jahres	Zahl der Streikstunden bei diesen Streiks	Zahl der daran beteiligten Lohnabhängigen
1961	9,1%	81.062	7.906
1962	0,1%	6.257	2.486
1963	6,4%	17.606	4.861
1964	22,1%	62.669	12.961
1965	0,1%	8.565	1.916
1966	8,7%	50.199	2.522
1967	0,6%	833	1.524
1968	6,3%	3.366	108
1969	3,1%	75	706
1970	22,1%	46.896	3.425
1971	74,5%	22.052	1.483
1972	17,8%(72,1% +)	21.474(87.158 +)	2.078 (3.007 +)
1973	12,1%	96.356	3.992
1974	77,0%(86,4% ++)	44.597(50.023++)	6.942 (6.976++)
(1975, Schätzung+++:	ca 70%	ca 47.400	ca 5.200)

\+ einschließlich des erst nachträglich anerkannten Bauarbeiterstreiks

++ einschließlich des erst später zum Zweck der Abwürgung anerkannten selbständigen Streiks der Hukla-Arbeiter

+++ einschließlich des erst später unter Druck anerkannten selbständigen Streiks bei Engel/Schwertberg

Noch etwas deutlicher zeigt sich diese Wende, wenn wir die Entwicklung bei den Metall-und Bergarbeitern ins Auge fassen, die insofern eine regelmäßige Kampftätigkeit aufweisen, als kein Jahr ohne Streik von Metallarbeitern vergeht. Schwankungen lassen sich hier also besser ablesen. Zudem wiederspiegeln sich in dieser Kernschicht des Proletariats alle Entwicklungen in der Arbeiterklasse besonders deutlich.

	Anteil der gewerkschaftlich nicht anerkannten Streiks an der Gesamt-Streikstundenzahl der Branche	Zahl der Streikstunden bei diesen Streiks	Zahl der beteiligten Arbeiter
1961	12,4%	15.395	3.186
1962	0,1%	1.284	929
1963	2,6%	839	413
1964	17,3%	11.418	7.755
1965	9,2%	5.715	1.340
1966	0,1%	235	189
1967	3,0%	687	1.450
1968	0,0%	0	0
1969	0,8%	200	100
1970	21,4%	39.425	1.580
1971	78,3%	20.845	1.254
1972	28,7%	8.622	1.154
1973	88,4%	82.202	1.550
1974	80,8%	6.472	3.236
(1975 Schätzung:+	97% ca	ca 34.600	ca 1.800)

+ einschließlich des erst später unter Druck anerkannten selbstständigen Streiks bei Engel/Schwertberg.

In diesen Zahlen widerspiegelt sich eine Entwicklung, die der Rechenschaftsbericht meiner Meinunge nach durchaus zutreffend als einen Aufschwung der spontanen Rebellion in den Betrieben charakterisierte. Die Stellungnahme geht über diese Seite der Entwicklung (die gewerkschaftlich nicht anerkannten Streiks) mit einer Nebenbemerkung hinweg, obwohl sie für die Untersuchung der Kampftätigkeit größte Bedeutung hat.

Dafür greift sie zu den Gesamt-Streikstundenzahlen der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Wie sieht die Sache hier aus?

<u>Streikstunden und Streikende 1965 - 1974</u>

	Streikstunden	Streikende
1965	3,387.787	146.009
1966	570.846	120.922
1967	131.285	7.469
1968	53.365	3.129
1969	148.139	17.449
1970	212.928	7.547
1971	29.614	2.431
1972	120.832	7.096
1973	794.119	78.251
1974	57.948	7.295
(1975,Schätzung	67.500 ca	ca10.300

Die hohe Streikstundenzahl 1965 kam durch den eintägigen Streik der Eisenbahner und Postler am 23.März im Rahmen der gewerkschaftlichen Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst zustande. Interessanterweise kommt das Kollektiv Schrack/Wertheim hier nicht auf die Idee, diesen Streik (128.894 Streikende, 3,093.456 Streikstunden) abzuziehen.

1966 trug zu der hohen Streikstundenzahl maßgeblich der gewerkschaftlich organisierte Proteststreik gegen die Einreise von Otto Habsburg bei, an dem 101.439 Lohnabhängige für 205.864 Stunden teilnahmen.

1969 schließlich machte einen Großteil der Streikdauer der eintägige Warnstreik der Lehrer der Mittelschulen am 14.Oktober aus, an dem 14.288 Lohnabhängige für 114.304 Stunden teilnahmen. Selbst diesen klassischen "Abzugsposten" berücksichtigt das Schrack/Wertheim-Kollektiv nicht - erst 1973 beginnt es plötzlich mit dem Abziehen.

Insgesamt aknn man sagen, daß die Streiktätigkeit in diesen Jahren, wie überhaupt in den 60er Jahren, fast durchwegs fest im Griff der bürgerlichen Gewerkschaftsführung war. Erst mit Beginn der 70er Jahre nehmen die spontanen selbständigen Kämpfe einen bemerkenswerten Aufschwung der Quantität als auch der Qualität nach. Zahlreiche Streiks in diesen Jahren begannen zudem spontatn, ohne Einverständnis der Gewerkschaftsführung, und wurden erst nachträglich oder gegen Ende anerkannt (z.B. Baurbeiterstreik 1972, Hukla-Streik 1974).

Überhaupt ist es so, daß die ganze - hier nur anhand der Zahlen der Streikstatistik behandelte - Entwicklung und die neuen Ansätze in den 70er Jahren besonders ins Aug stechen, wenn man sich ansieht, was für Streiks das waren, die in dieser Periode stattfanden. Davon vermittelt die Darstellung im Rechenschaftsbericht (Seiten 40-45) durchaus einen brauchbaren Eindruck.

Nichts anderes bringt der Rechenschaftsbericht zum Ausruck, wenn er von einem Aufschwung der spontan en Rebellion in den Betrieben spricht und von einer zunehmenden Tendenz von Teil en der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen zum selbständigen Kampf. Dabei muß man sich natürlich vor Augen halten, daß dieser Aufschwung noch begrenzt war, daß er erst geringe Teile der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen erfaßte und noch in keinem Jahr den Charakter und das Ausmaß einer Streikbewegung annehmen. (Dabei muß man allerdings sehen, daß diese Streiks immer nur die Spitze des Eisbergs der Entwicklung der Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft der ganzen Klasse sind.) Deshalb wäre es auch nicht richtig gewesen, angesichts dieser Aufwärtsentwicklung der spontanen, selbständigen Kämpfe bereits von einem Aufschwung der Arbeiterbewegung zu reden, aber ohne wirkliche Streikbwegung nicht denkbar ist.

Richtig war es aber, die Ansätze zur Entwicklung einer wirklichen Streikbewegung in diesen Veränderungen an der wirtschaftlichen Kampffront zu sehen und das Heranwachsen der Elemente für einen Aufschwung der Arbeiterbewegung.

Richtig war es, den beginnenden Übergang vom Zustand des relativen Klassenfriedens in einen Zustand der raschen Veränderung festzuhalten, der sich in diesen Veränderungen an der Front des wirtschaftichen Kampfs ankündigte.

Der Stellungnahme von Schrack/Wertheim ist aber gerade auf solche Übergänge der Blick völlig versperrt, sie sieht das Neue in der Entwicklung der 70er Jahre nicht und kommt zu einem ganz anderen Bild der Lage im Klassenkampf und ihrer Entwicklung.

Noch ein Wort zu der in der Stellungnahme an die "Streikanalyse" anschließenden Kritik an der Untersuchung der Volkskämpfe im Rechenschaftsbericht: Daß hier der quantitative Aspekt völlig fehle ist ebenso aus der Luft gegriffen wie die Behauptung, der Rechenschaftsbericht nehme keine qualitative politische Untersuchung dieser Bewegungen vor. Man wird auch hier den Eindruck nicht los, daß die Genossen von den verschiedenen Abschnitten des Rechenschaftsberichts bestenfalls da und dort einen Absatz gelesen haben. Damit sollen die großen Schwächen gerade dieser Untersuchung der politischen Bewegungen im Rechenschaftsbericht durchaus nicht unter den Tisch gekehrt werden. Eine fruchtbare Auseinandersetzung damit müßte aber meiner Meinung nach mit einer Überprüfung der dort getroffenen Einschätzungen auf richtig oder falsch beginnen.

Die Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk

Gestützt auf die Untersuchung der Entwicklung an verschiedener Fronten des Klassenkampfs stellt der Rechenschaftsbericht fest, daß in der Arbeiterklasse und im Volk eine Linksentwicklung vorangehe, also eine Entwicklung zu größerer Selbständigkeit im Denken und Handeln der Massen.

Auch an dieser These übt das Kollektiv Schrack/Wertheim heftige Kritik. Den Hauptschlag gegen sie glauben sie mit ihrer "Streikanalyse" geführt zu haben, die sich bei näherer Betrachtung als völlig haltlos erweist. Weiters mit der faktischen Leugnung von Übergängen zwischen dem Zustand des relativen Klassenfriedens in den Zustand der raschen Veränderungen, die den Nährboden für eine ganze Reihe von rechten und linken Abweichungen abgeben würde und auch in der Stellungnahme zu einer falschen Einschätzung der Klassenkampfsituation beiträgt.

Darauf wurde bereits eingegangen. In diesem Zusammenhang macht die Stellungnahme aber noch einige Vorschläge, die ebenfalls eine Antwort erfordern.

So wird dort festgestellt: "Weil aber gegenwärtig noch nicht gesagt werden kann, daß insgesamt die Bourgoisie am Zurückgehen ist und die Arbeiterklasse zur Zeit schon nach vorne geht, sollten wir auch aufhören, von "Linkentwicklung" oder auch "Linksdrang" zu sprechen. Solange nämlich weder von Offensive noch Defensive geredet werden kann, sollte man vorsichtig mit Bezichnungen wie "Linksentwicklung" umgehen; solange die Arbeiterklasse aber noch nicht einmal zum Kampf angetreten ist, kann jedoch von einer Offensive ihrerseits überhaupt keine Rede sein. Wir glauben, daß deswegen Bezeichnungen wie "Linksentwicklung" oder "Linksdrang" auf den jetzigen Zustand nicht angewendet werden sollten." Soweit die Stellungnahme.

Auch diese Argumentation zeigt ein fehlendes Verständnis dafür, was die _Entwicklung_ einer Sache und die _Übergänge_ vom einen zum anderen ausmacht. Für die Stellungnahme gibt es nur offenen Klassenkampf oder Klassenfrieden, Offensive/Defensive (also Zustand des Klassenkrieges) - oder nichts (bzw. eben Zustand des Klassenfriedens).

Dabei steht die Bezeichnung Links_entwicklung_ im Weg, mit der bei dieser Betrachtungsweise nichts anzufangen ist. Also macht die Stellungnahme aus der _Linksentwicklung_ eben im Handumdrehen die _umfassende Offensive der Arbeiterklasse_: "daß insgesamt die Bourgeoisie am Zurückgehen und die Arbeiterklasse zur Zeit schon nach vorne geht", "wenn von Offensive und Defensive geredet werden kann".

Von da an ist's einfach: Von umfassender Offensive der Arbeiterklasse kann jetzt natürlich keine Rede sein, also ist das Gerede von der Linke Linksentwicklung und vom Linksdrang unsinnig - fertig ist die vernichtende Kritik der Analyse des Rechenschaftsberichts.

In Wirklichkeit ist es so, daß der Rechenschaftsbericht für alle Fronten des Klassenkampf eine Untersuchung der Entwicklung anstellt, soweit uns das damals möglich war, und ein Anwachsen der Elemente der Selbständigkeit im Denken und Handeln der Arbeiterklasse und der Volksmassen feststellt und auch im einzelnen weitgehend mit Tatsachen belegt.

Damit wurde weder behauptet, daß dieser Prozeß ~~xxxxxxx~~ bereits weit fortgeschritten sei, ohne Widersprüche, Übergänge und Brüche verlaufe - im Gegenteil. Schon gar nicht wurde behauptet, dieses Anwachsen der Elemente der Selbständigkeit kömme einer umfassenden Offensive der Arbeiterklasse und einer umfassenden Defensive der Bourgeoisie gleich. Festgehalten wurde lediglich eine feststellbare Entwicklung im Volk und ihre Richtung, wie sie sich an verschiedenen Fronten des Klassenkampfs in unterschiedlicher Weise und Intensität zeigte.

Für Schrack/Wertheim existiert das alles nicht. Die Tatsachen fallen unter den Tisch, die Statsitiken werden zurechtgebogen, die Begriffe auf den Kopf gestellt - alles mit dem Endeffekt, ein Bild des ungebrochenen Klassenfriedens unabsehbarer Dauer zu zeichnen, das geprägt ist von einer maßlosen Überschätzung der Kräfte und Perspektiven der Bourgeoisie und des Kapitalismus und einer entsprechenden Unterschätzung der Kräfte und Perspektiven der Arbeiterklasse und des Volkes. Wird mit dieser Einschätzung der Tummelplatz für rechte Abwichungen aller Art bereitet, so bemüht sich die Stellungnahme entsprechend dem Rechenschaftsbericht und den dort getroffenen Einschätzungen die Vaterschaft für alle möglichen linken Abweichungen unterzujubeln.

Auch das geschieht mit einer veblüffenden Logik. So heißt es im 3.Abschnitt der Stellungnahme, in dem die Fehler aufgezeigt werden sollen, die aus unserer falschen Einschätzung der Klassenkampfsituation resultierten: Ein Grund für die in unserer Politik nach wie vor festzustellenden Unterschätzung der Bedeutung der ideologischen Arbeit "ist sicherlich der, daß wir davon ausgegangen sind, daß es einen Linksdrang gibt, der durch unser Eingreifen zu einer anhaltenden Strömung werden kann." Soweit die Stellungnahme.

Im Rechenschaftsbericht heißt die entsprechende Passage: ".... nur wenn es den Kommmunisten gelingt, Klarheit und Bewußtheit unter den Volksmassen zu verbreiten, kann die Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk zu einer anhaltenden Strömung gemacht werden." (S.50)
Für jeden einigermaßen aufmerksamen Leser dieses Satzes aus dem RB (wenn schon nicht der ganze Absatz gelesen wird) müßt4 ersichtlich sein, daß hier von der Notwendigkeit der ideologischen Arbeit die Rede ist, ohne die der sponatne Linksdrang in der Arbeiterbewegung und im Volg keine dauerhafte Strömung werden könne. Das Schrack/Wertheim Kollektiv folgt daraus messerscharf, daß diese Betonung der Notwendigkeit der ideologischen Arbeit für die Festigung und Entwicklung des Linksdrangs unter den Massen die Ursache für die Vernachlässigung

der ideologischen Arbeit in unserer Politik war. Die Logik dieser Stellungnahme scheint davon auszugehen, daß in unserer Organisation immer das nicht gemacht wird, was in den Beschlussen der Organisation als besonders wichtig festgelegt wurde; mehr noch: daß die beschlußmäßige Festlegung der Bedeutung einer Aufgabe die Ursache für deren darauffolgende völlige Vernachlässigung darstelle.

Wer diesen Bocksprüngen nicht folgen mag, wird feststellen, daß nicht die Einhaltung der Linie des Rechenschaftsberichtes in unserer Politik zu "linken" Abweichungen geführt hat, sondern gerade das Abweichen von dieser Linie.

Sich das vor Augen zu halten, scheint mit umso wichtiger, als die von Schrack/Wertheim Kollektiv charakterisierten falschen Positionen tatsächlich immer wieder mehr oder weniger offen auftauchen: nämlich zu viel auf die spontane ideologische und politische Entwicklung zu setzen und die Notwendigkeit des aufklärenden Eingreifens in diese Entwicklung zu unterschätzen und die ideologische Arbeit entsprechend zu vernachlässigen. Diese Fehler können und müssen aber auf der Grundlage der Festlegungen des Rechenschaftsberichtes bekämpft werden.

Einige ÜBERLEGUNGEN ZUM NEUEN RECHENSCHAFTSBERICHT

Auf der Grundlage der vorangegangenen Bemerkungen hier abschließend noch einige Schlußfolgerungen und Thesen für den neuen Rechenschaftsbericht:
Wie im letzten Rechenschaftsbericht werden wir auch im neuen von der Untersuchung der Entwicklung der Hauptwidersprüche in der Welt ausgehen. Dabei geht es im Einzelnen um

- die Untersuchungen der Entwicklung der äußeren Reserven von Bourgeoisie und Proletariat in Österreich, und um
- die Untersuchung des Hauptwiderspruches in Österreich zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Wie haben sich die äußeren Reserven des Proletariats und der Bourgeoisie im letzten Jahr entwickelt?

Die wirtschaftliche und politische Krise des Imperialismus ist im letzten Jahr noch umfassender geworden und hat sich weiter verscärft. Diese Zuspitzung der Krise des Imperialismus liegt zugrunde, die Verschärfung aller grundlegenden Widersprüche in der Welt. Diese geht zwangsläufig aus dem Wesen dieser Widersprüche hervor, die letzlich nur durch die Revolutionen der Völker gelöst werden können.

Weiter verschärft hat sich der Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andrerseits. An der weltweiten Front, die durch diesen Widerspruch gezogen wird, haben die unterdrückten Völker und Nationen in diesem Jahr weitere große ideologische ~~und~~, politische, wirtschaftliche und militärische Siege errungen. Der Imperialismus und der Sozialimperialismus haben in der Hauptsache Niederlagen erlitten. Der Spielraum des Imperialismus und Sozialimperialismus wurde in jeder Hinsicht eingeengt. Das hat seine wirtschaftliche und politische Krise weiter verschärft. Seine Antwort darauf sind noch erbittere Versuche, sich in hartem Ringen untereinander, vor allem zwischen den beiden Supermächten, die Völker wieder verstärkt zu unterwerfen. Das führt jedoch nur zu einem noch engeren Zusam-

menschluß der Völker von der 3.Welt und zu einem weiteren Erstarken der revolutionären Bewegung auf der Welt.

Insgesamt kann man sagen, daß sich an dieser Front die äußeren direkten Reserven der österreichischen Arbeiterklasse : die unterdrückten Völker und Nationen und ihr Kampf, weiter außerordentlih gestärkt haben. Die äußeren Reserven der österreichischen Bourgeoisie, vor allem der US-IMperialismus, haben dagegen weitere schwere Einbußen erlitten.

Weiter verschäft hat sich der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und Monopolgruppen. An erster Stelle steht hier die weitere Zuspitzung des Ringens der beiden Supermächte, die heftig bemüht sind, ihre Positionen zu halten und den Gegenschlag vorzubereiten. bzw. ihre Positionen auszubauen und die andere noch mehr in die Defensive zu drängen. Gleichzeitig hat sich ihre innere Krise weiter entwickelt und haben die Widersprüche in ihrem Einflußbereich weiter an Schärfe zugenommen. Zwischen den USA und den anderen großen westlichen imperialistischen Staaten wie auch unter diesen hat die internationale Wirtschaftskrise noch mehr Widersprüch4 zutage treten lassen und den Konkurrenzkampf politisch und wirtsschaftlich zugespitzt. Diese Entwicklung wird entscheidend beeinflußt durch die fortschreitende Einengung des Spielraumes des Imperialismus durch die ~~Kämpfe der Völker, vor allem~~ durch das Erstarken und den Zusammenschluß der 3.Welt.
Auch an dieser Front entwickeln sich damit die Verhältnisse günstig für die österreichische Arbeiterklasse und ungünstig für die österreichische Bourgeoisie. Die Widersprüche zwischen den Imperialisten stellen äußere indirekte Reserven der österreichischen Arbeiterklasse dar. Je mehr die Imperialisten von ihnen zerrissen und aufgespalten wird, desto schwächer wird er und desto günstigere Bedingungen finden die revolutionären Kräfte der Welt vor, diese Widersprüche im Lager des Feindes auszunutzen für ihr Vorwärtdgehen.

Weiter verschärft hat sich in diesem Jahr der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, vorallem auf der Grundlage der Entwicklung der wirtschaftlichen Krise und ihrer Folgen für die Lage der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Auf die Untersuchung der Entwicklung der Kämpfe und der Kräfte verhältnisse an dieser Front werden wir in der Arbeit am Rechenschaftsbericht noch große Anstrengungen richten müssen.

Weiter verschärft hat sich der Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus anderseits. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus unter Weiterführung der Revolution hat die Positionen des Imperialismus und Sozialimperialismus weiter geschwächt. Der Kampf der sozialistischen Länder, vor allem die kosequente revolutionäre Einheitsfronttaktik der VR-China und der siegreiche Kampf der DVR Vietnam, haben dem Imperialismus neue schwere Niederlagen zugefügt.
Insgesamt ist die Position der sozialistischen Länder in diesem Jahr weiter gestärkt worden, was nichts anderes bedeutet, als eine Stärkung der direkten äußeren Reserven des österreichischen Proletariats.

<u>Wie hat sich die Lage in Österreich entwickelt?</u>

Dazu nur einige Thesen' die natürlich noch nicht den Anspruch

einer allseitigen Analyse erfüllen können:
Die Bedingungen, unter denen sich der Klassenkampf in Österreich im letzten Jahr entfaltete, waren entscheidend geprägt durch die Entwicklung der Wirtschaftskrise. Nach dem längsten Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit, der der Krise 1967 folgte, hatte die österreichischen Industrei im letzten Jahr erstmals in der Nachkriegszeit einen absoluten Produktionsrückgang. Anders wie 1967 ist es der österreichischen Bourgeoisie gegenwärtig auch nicht möglich, sich an einem Wirtschaftsaufschwung in anderen kapitalistischen Ländern wieder rasch aufzurichten. Die internationale Wirtschaftskrise, die diesmal gleichzeitig alle wichtigen Zentren der kapitalistischen Welt erfaßt hat, macht das unmöglich. Die Entwicklung der Hauptwidersprüche auf der Welt hat zum Anhalten und zur weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Krise des Imperialismus und damit auch die äußeren Bedingungen für das Anhalten und die Verschärfung der Krise in Österreich geschaffen.

Auf der Grundlage der Entwicklung der wirtschaftlichen Krise, die imletzten Jahr alle wirtschaftlichen Bereiche und alle Regionen erfaßt hat wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß), hat sich der Hauptwiderspruch in Österreich weiter verschärft. Das kommt an allen Fronten des Klassenkampfes zum Tragen.

Während in den Betrieben die Ausbeutung verschärft wird, vergrößert sich das Arbeitslosenheer und wird sich weiter vergrößern. Unter dem Druck dieses gewaltigen Faktors der Spaltung der Arbeiterklasse hat die Bourgeoisie in diesem Jahr ihren Angriff auf den Reallohn noch massiver vorangetragen. In Verbindung mit dem Reallohnabbau setzt sie alles daran, durch Verlängerung des Arbeitstages, Intensivierung der Arbeit und Rationalisierung die Ausbeutung zu steigern.

Wie hat sich unter den Bedingungen der gegenüber dem Vorjahr stark zunehmenden objektiven und subjektiven Spaltung der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen durch die Arbeitslosigkeit, des sinkender Reallohns und der verschärften Ausbeutung <u>die Lage an der wirtscaftlichen Front</u> des Klassenkampfs entwickelt?

Die Lage an dieser Front ist einerseits gekennzeichnet durch eine deutlich härtere Gangart der Kapitalisten in den gewerkschaftlichen Lohnrunden, in denen sie zunehmende Bereitschaft zeigen, auch gewerkschaftlich organisierte Streikkämpfe in Kauf zu nehmen und zu benutzen, um den Lohnabhängigen Niederlagen zuzufügen und so ihren Kampfwillen frühzeitig zu brechen. Diese härtere Gangart ist deutlich hervorgetreten in der Bauarbeiterlohnrunde, in der die Innung der Baukapitalisten bereits alle Vorbereitungen für eine solche Konfrontation getroffen hatte. Seitdem haben die Kapitalisten auf diesem Kurs festgehalten. Nicht anders stellte das provozierende Angebot der Metallkapitalisten in der Herbstlohnrunde dar und die Taktik ihrer Verhandlungsführung.

Die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften haben dieser Taktik der Kapitalisten bisher nur ihre Taktik der kampflosen Kapitulation entgegengesetzt. Sie sind der offenen Konfrontation bisher ausgewichen, doch wird dies von Tag zu Tag schwerer. Es wird schwerer, weil einerseits der Druck der Kapitalisten immer unverschämter wird und andrerseits die Unzufriedenheit unter den Lohnabhängigen sich verstärkt und der Kampfwille unter ihren fortgeschrittensten Teilen

auch unter dem Druck der Arbeitslosigkeit nicht gebrochen ist. Zwischen diesen beiden Mühlsteinen findet die Sozialpartnerschaft der bürgerlichen Gewerkschaftsführer immer weniger Spielraum. Ihrem ganzen Wesen entsprich t es, die Interessen der Lohnabhängigen denen der Kapitalisten unterzuordnen. Gegenwwärtig setzen sie in diesem Sinn alles daran, die kampflose Kapitulation der Lohnabhängigen vor den Angriffen der Kapitalisten zu organisieren. Wenn ihnen dabei die Kapitalisten einen Kampf aufzwingen,sind damit schon in der Ausgangsposition ~~schon~~ alle Voraussetzungen für den Kampf bereits so schlecht, daß eine Niederlage der Lohnabhängigen schwer abzuwenden ist.

Nimmt die spontane, selbständige Bewegung unter den Lohnabhängigen aber einen starken Aufschwung und damit vielleich die Kapitulationspolitik der bürgerlichen Gewerkschaftsführer an Boden, muß damit gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsführer selbst zu einer Niederlagentaktik Zuflucht nimmt, um ihre Kontrolle über die Lohnabhängigen wiederherzustellen. Das haben wir im Kleinen bereits erlebt: so hat die Gewerkschaftsführung gerade bei starken, selbständigen Bewegungen in einzelnen Betrieben bereits des öfteren selbst die Kampfführung an sich gerissen, um die Belegschaft in eine Niederlage zu führen, damit ihren selbständigen Kampfwillen zu brechen und sie wieder ihrer Kontrolle zu unterwerfen.

Wie hat sich nun die selbständige, spontane Bewegung in den Betrieben im letzten Jahr entwickelt? Der in den vorangegangenen Jahren festgestellte Aufschwung der spontanen Rebellion in den Betrieben ist von den (vor allem durch die wachsende Spaltung durch die Arbeitslosigkeit losigkeit) zunehmend veränderten Bedingugen im letzten Jahr natürlich nicht unbeeinflußt geblieben.

Insgesamt ist (soweit aus dem mir bisher vorliegendem Material ersichtlich) für das Jahr 1975 eine etwa gleich hohe oder leicht gestiegene Gesamtstreikstundenzahl zu erwarten wie im Jahr 1974 (ca 67 000). Auch die Zahl der am Streik beteiligten Lohnabhängigen dürfte höher liegen als im Vorjahr (ca 10 000).

Die mir bekannten Streiks dieses Jahres waren:

Jänner 1975: 1-tägiger Streik der Briefträger gegen Zeitungszustellung am Samstag in Wien, Linz, Klagenfurt, Villach, Innsbruck, G Gmunden, Steyr und Wels. Gewerkschaftlich organisiert.

Jänner 1975: Vierstündiger Streik der Angestellten der Wiener Handelsfirma"Chronoton" gegen die Kündigung eines Betriebsratskandidaten. Gewerkschaftlich unterstützt. Erfolgreich.

Jänn/Feber 1975: Siebentägiger Streik der 600 Arbeiter von Engel/Schwertberg gegen Werksdirektor und Rationalisierugs-Programm. Begann als selbständiger, spontaner Kampf und wurde von der Gewerkschaft erst später unter Druck anerkannt, um ihn abzuwürgen. (vgl. Klaka 3/75)

März 1975: Dreistündiger Warnstreik der 120 Beschäftigten der "Wiener Teppi chfabrik" in Pottendorf gegen Betriebsstillegung. Einstündiger Solidaritätsstreik der ca 80 Beschäftigten der benachbarten Spinnerei. (vgl Klaka 4/75)

März 1975: Dreistündiger Warnstreik der 12o Besxhäftigten der "Wiener Teppichfabrik" in Pottendorf gegen Betriebsstillegung. Einstündiggr Solidaritätsstreik der ca.8o Beschäftigten der benachbarten Spinnerei (vgl.Klaka 4/75).
April 1975: Zwanzigstündiger Streik (in form mehrerer aufeinanderr folgender Protestversammlungen) der 34o Arbeiter des Margarinenwerks Atzxxgersdorf von Unilever gegen die provozierende Haltung der Kapitalisten bei den KV-Verhandlungen.(wird von ddr Gewerkschaft nicht als Streik gewertet und registriert).
April 1975: Mehrstündiger Proteststreik Tausender Bauarbeiter (in Wien ca.2ooo) in Wien, NÖ und Kärnten. Gewerkschaftlich nicht anerkannt (vgl. Klaka 5/75).
Mai 1975: Streik der Reisebüroangestellten für arbeitsfreien Samstag.
Juni 1975: Streik von caa 16o Fliesenlegern in OÖ für Erhöhung der Akkordtarife über die allgemeine Lohnerhöhung im Baugewerbe hinaus. Von der GEwerkschaft anerkannt.
Juli 1975: 1-tägiger Streik von ca.38oo Briefträgern gegen die Zeitungszustellung am Samstag. Gewerkschaftlich organisiert.(vgl. Klaka 8/75).
Oktober 1975: 1o-tägiger Bummelstreik der Zöllner in Ostösterreich für höhere Bezahlung der Heimüberstunden.
Oktober 1975: Warnstreik gxgxn der UPI-Angestellten gegen Entlassung des Betriebsrats.
Dezember 1975: Proteststreik bei Wertheim (1Stunde) und Görz ((1/2 Stunde) in Wien gegen Provokation der Kapitalisten in der Metall-KV-Runde.

Darüber hinaus hat es noch einige betriebliche Streiks gegeben, über die in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden ist (so in einem Wiener Metallbetreib gegen Kündigungen und in einem Nebenwerk der VOEST gegen Akkordverschärfung).

Die veränderten Bedingungen kamen am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß sich die Kampftätigkeit zunehmend vom vollständigen Kampf um bestimmte Forderungen im einzelnen Betr b verlagerte auf ddie vollständige Bekundung dersKampfwillens und des Protests im Zuge gewerkschaftlicher ,auf die ganze Branche bezogener Aktivitäten. Der Streik bei EEngel/Schwertberg wwar in diesem Jahr der einzige große betriebliche Kampf, der auf die Akkxxdx Abwehr massiver Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im Betrieb gerichtet war. Praktisch alle anderen Kampfaktionen standen im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Verhandkungen um Lohnerhöhungen oder Durchsetzung der Arbeitsver - kürzung gegen die Versuche der Ausdehnung der Arbeitstage.

In ddieser Veränderung in der Kampftätigkeit bbestätigt sich unsere Einschätzung, daß mit der Verschärfung der Krise die Gewerkschaften nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv stark an Bedeutung gwwinnen. Der selbständige Kampfwille der ffortschrittlichen Teile der Lohnabhängigen bricht sich angesichts dder deutlich schwierigen Kampfbedingungen im einzelnen Betrieb im Zuge der gewerkschaftlichen, auf die ganze Branche bezogenen Aktivitäten Bahn. In diesen Aktivitäten kommt sowohl die Empörung und Kampfbereitschaft gegen den immer provozierenden Kurs der Kapitalisten und den staatlichen Arbeitsgeber zum Ausdruck als auch der Protest und die Unzufriedenheit gegenüber der Kapitulationspolitik der bürgerlichen Machthaber in den Gerwerkschaften.
Diese Veränderung im Charakter der Kampfaktionen brachte es auch mit sich, daß die Kampftätigkeit im letzten Jahr nicht mehr in der Hauptsche vom langen hartnäckigen Kampf einzelner Belegschaften für bestimmte eigenen Forderungen geprägt war (wie xx das 1975 nur bei Engel der Fall war), sondern von relativ kurzen Warn-und Proteststreiks, meist ohne klare positive Kampfforderung, ddr ausgedehnt über relativ große Bereiche der Branche.
Das bestätigt die Richtigkeit unserer Linie,im Rahmen unserer Möglichkeit versuchen, diesen spontanen Kampfwillen und Protest gegen die Kapitulationspolitik der bürgerlichen Gewerkschaftspolitik in seiner

spontane Wendung zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß mit klaren Vorschlägen, die sich auf den gewerkschaftlichen Kampf und die Verankerung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftslinie beziehen, Ziel und Richtung zu geben. Das zeigt zudem drastisch, wie perspektivlos und realitätsfremd angesichts dieser Entwicklung die stereotype Wiederholung der Formel vom "selbständigen Kampf in den Betrieben" außerhalb und im Gegensatz zu jeder gewerkschaftlichen Aktivität ist, wie sie die VRA jahraus, jahrein predigt - unbehelligt von jeglicher Veränderung in der konkreten Situation und in den Kampfbedingungen.

Das heiß nicht, daß die Kampftätigkeit im kommenden Jahr sic h nicht wieder zunehmend auf das Feld der einzelnen Betriebe verlagern kann und muß, wenn die gewerkschaftlichen Lohnrunden mit den zu erwartenden Ergebnissen abgeschlossen sind. Auf dieses Kampffeld werden die Lohnabhängigen ja gerade durch die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung zurückgeworfen werden, wenn sie sich nicht widerstandslos in die rasche Verschlechterung ihrer Lage fügen wollen. Daß sich trotz der bedeutend schwierigen Bedingungen inder gegebenen situation solche Bewegungen in den Betrieben entwickeln werden, dafür sprechen das Anhalten der Aufwärtsentwicklung des selbständigen Kampfwillens unter den Lohnabhängigen im letzten Jahr und einige andere Faktoren.
Zusammenfassend können wir nach diesem kurzen Überblick über die wirtschaftliche Kampftätigkeit im leztten Jahr sagen, daß der Aufschwung der spontanen Rebellion in den Betrieben auch unter den geänderten Bedingungen anhält und sich weiter entwickeln wird, daß der selbständige Kampfwille nicht gebroc hen ist und die Rebellion gegen die Kapitulationspolitik der bürgerlichen Gewerkschaftsführung an Boden gewinnt. Auf diese Entwicklung müssen wir unser Augenmerk richten und dürfen uns nicht durch die Tatsache den Blick verstellen lassen, daß sie in Quantität und Qualität noch nicht weit fortgeschritten ist.
Die Verschärfung der Hauptwidersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist an der wirtschaftlichen Front des Klassenkampfs seutlich hervorgetreten und inihrem Gefolge auch die Verschärfung der Widersprüche zw. den bürgerlichen Machthabern in dem Gewerkschaften unden Lohnabhängigen sowie die Widersprüche unter dden Lohnabhängigen selbst. Letzteres vor allem auf der Grundlage der Spaltung in Arbeitslose und in Arbeit stehende sowie in inländische und ausländische Arbeiter. Auf alle diese Faktoren hatte die Verschärfung der Hauptwidersprüche in der Welt mm a maßgeblichen Einfluß.
Die politische Front des Klassenkampfs war im letzten Jahr entscheidend beeinflußt durch die Verschärfung der Weltwirdschaftskrise. Auf dem Boden der Überproduktionskrise hat sich die chronische Budgetkrise des bürgerlichen Staats drastisch verschärft und haben alle wichtigen sozialen Fragen an objektiver und subjektiver Bedeutung gewonnen. Die staatliche Krisenpolitik ist in den Mittelpunkt des gesamten politischen Lebens gerückt.
In einer solchen Situation ist der bürgerliche Staat verstärkt gezwungen, als über den Klassen stehender Regulator der gesellschaftlichen Entwicklung in Erscheinung zu treten. Anderseits wird es zunehmend schwerer, seinen wahren Klassencharakter zu verschleiern. Den Hoffnungen in der Arbeiterklasse und im Volk, daß der bürgerliche Staat die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen wird, wird durch die tatsächliche Entwicklunngder Verhältnisse und des staatlichen Eingreifens zunehmend der Boden entzogen.

Das letzte Jahr war an der politischen Front des Klassenkampf s jedoch inder Hauptsache noch von den Hoffnungen der Lohnabhängigen geprägt, daß die zunehmende staatliche Ausplünderung und die zahlreichen Verschlechterungen auf sozialen Gebiet zumindest ddurch ein erfolgreiches staatliches Eingreifens in die Wirtschaftskrise aufgewogen würden, vor allem durch ein Eindämmen der Arbeitslosigkeit. Diese Erwartungen, die vorerst durch die Entwicklung der Arbeitlosigkeit in Österreich scheinbar bestätigt werden,haben wesentlich dazu beigetragen, daß sich die selbständigen Bewegungen im Volk gegen staatliche Schikanen und Ausplünderung im letzten

Jahr nicht mehr in solcher relativen Vielfalt und Spontaneität entfalteten wie noch im Vorjahr. Die abbröckelnde, aber nach wie vor vorherrschend ideologische Bindung an den bürgerlichen Staat kam darin ebenso zum Ausdruck, die die Veränderung der objektiven Kampfbbdingungen.
Dennoch kann nicht von einem völligen Stillstand an dieser Front gesprochen werden. So hat gegen dem Plan des Atomkraftwerkes in St.Pantaleon (nicht zuletzt unter dem Einfluß der Kämpfe in der BRD und in Frankreich) eine breite Bewegung entfaltet, die wesentlich vom selbständigen Willen der Bevölkerung getragen war und auf weite Strecke nicht der Gängelung durch die bürgerlichen Parteien unterworfen werden konnte. In Wien entwickelte sich Rxxxxxx der spontane Protest gegen eine Stadtautobahn und fand i n einer selbständig organisierten Demonstration seinen Ausdruck.
Relativ breit entwickelte sich an verschiedenen Punkten der Protest gegen die Disziplinierung von Lehrern und brachten Teile der Bevölkerung ihren Willen zum Ausdruck, selbst über Bestellung und Abberufung der Lehrer zu entscheiden. Das Volksbildungswesen wurde auch im Bereich der Lehrlingsausbildung zum Gegenstand von Auseinandersetzungen und selbständigen Bewegungen.
Diese Bewegungen müssen von uns noch im Einzelnen und im Zusammenhang untersucht xxxxxx und eingeschätzt werden. Dabei müssen wir von der Überprüfung un serer getroffenen Einschätzung ausgehen. Das war mir im Zug der Ausarbeitung dieser Stellungnahme noch nicht möglich. Dennoch scheint mir aus derem Gesagten der Schluß berechtigt, daß an der politischen Front des Klassenkampfs die durch die Krise veränderten Bedingungen die Entwicklung der spontanen Rebellion gegen die Verhältnisse vorübergehend stärker gebremst haben als an der wirtschaftlichen; daß vor allem an den Hauptabschnitten der Front, an der staatlichen Krisenpolitik, das Volk sich noch dem stummen Zwang der Verhältnisse unterwirft, die Widersprüche sich aber umfassend verschärfen undsich rasch immer mehr sozi ler Sprengstoff anhäuft, an dem sich in der weiteren Entwicklung mit Gewißheit verstärkt Bewegungen des Volks gegen den bürgerlichen Staat entzünden werden.
Darauf wir überhaupt auf eine Verschärfung des Klassenkampfs richtet sich auch die Baurgeosie und ihr Staat ein. Die im letzten Jahr getroffenen und angekündigten MMaßnahmen xx auf gesetzlicher Ebene und auf der Ebene des Ausbaus des staatlichen Gewaltapparats lassen das deutlich erkennen.

Die Entfaltung der Bewegung an ddr wirtschaftlichen und politischen Front hängt unter den Bedingungen der Krise mehr denn je von den ideologischen Entwicklungen in der Arbeiterklasse und im Volk ab. Jeder Schritt unter den eingetretenen schwierigen Bedingungen setzt ein weit höheres Maß an Bewußtheit und Selbständigkeit voraus als in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die im letzten Rechenschaftsbericht festgestellte fortschreitende ideologische Loslösung der Arbeiterklasse und des Volks von der Bourgeoisie hat ihre materielle Grundlage im offensichtlichen Verfall und der Fäulnis des Imperialismus international wie auch in Österreich selbst.. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse häuft täglich mehr Erfahrungsmaterial für die Massen auf, das die Überholtheit des kapitalistichen Systems zeigt. Die wirtschaftliche und politische Krise im Imperialismus, die Kämpfe und Siege der Völker - all das übt einen positiven Einfluß auf die ideologische Loslösung der Massen von der Bourggeoisie aus.
Das hat im letzten Jahr ebenso seinen Ausdruck gefunden, wie die Tatsache, daß diese Loslösung spontan, ohne eine wirksame ideologische und politische Arbeit der Kommunisten, ein äußerst begrenzter Prozeß ist, den die Bour. immer wieder, wenn auch mit wachsenden Schwierigkeiten, unter Kontrolle zu halten verxxxxxmag.
Ihren Ausdruck hat die ideologische Löslöusng von der Bour.sowohl im Anhalten der spontanen Rebellion in den Betrieben und im Festhalten an den eigenen Interessen auch unter den Bedingungen der Krise gefunden,als

auch in verschiedenen politischen Ereignissen des Jahres wie z.B.den Wahlen, Dem Abschneiden der Aktion Leben und in der Spanien-Solidaritätsbewegung. Zugleich hat sich in all diesen Vorgängen auch die relative Beschränktheit dieser Loslösung und die relative Stärke der noch bestehenden Bindungen gezeigt. Erbarmungslos aufgedeckt wurden die bestehenden Schwächen und der ganze Einfluß der kommunistischen Kräfte im Kampf an der ideologischen Front, aber auch diese Kräfte entwickeln sich und in der wachsenden Klarheit über die bestehenddn Schwächen liegt bereits ein Ansatz zu ihrer Überwindung.
Über die Entwicklungen an der ideologischen Front wurde in unserer Organ. bereits einiges gesagt, dem ich hier nicht viel neues hinzufügen könnte. Für den Rechenschaftsbericht wird es notwendig sein, diese Entwicklungen anhand der wichtigen politischen Ereignisse und unserem Erfolgen genauer und differenzierter zu untersuchen und einzuschätzen, als das bisher geschah.
Hier möchte ich anschließend nur noch auf eine Frage eingehen, die das Schrack/Wertheim-Kollektiv in seiner Stellungnahme aufwirft: auf das Verhältnis der ideologischen Entwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk zu seiner Widerspiegelung in bestimmten politischen Ereignissen.

Das Kollektiv schreibt: Wie schwammig die Einschätzung des Linksdrangs im Volk und in der Arbeiterklasse sei, "zeigt sich beispielsweise daran, daß sowohl die Stimmengewinne der ÖVP vor den NR-Wahlen wie dann der Sieg der SPÖ ein und dasselbe bedeuten: die Loslösung geht weiter."
Daß das Kollektiv dadurch so ins Staunen versetzt wird, hängt damit zusammen, daß es genau den Fehler macht, vor dem in den "Thesen zur Einschätzung der NR-Wahlen"im Protokoll der Salzburger Konferenz (RS Nr.36) gewarnt wird. Dort heißt es:
"Der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien und das Wahlergebnis selbst können nur richtig untersucht und eingeschätzt werden, ausgahend und auf dem Hintergrund der gesamten Entwicklung der Klassenkampfsituation. Die Konferenz weist auf die Wichtigkeit dessen hin, daß man diesen Gedanken an die Spitze aller Überlegungen zu den Wahlen stellt und von ihm ausgeht. Es liegt im Wesen des Bürgerlich-parlamentarischen Systems, daß sich in seinen Wahlen die Klassenkampfsituation nicht <u>direkt</u> widerspiegelt. Nicht darf die Beurteilung der Klassenkampfsituation von den Wahlen her erfolgen, sondern die Beurteilung der Wahlen muß von der Einschätzung der Klassenkampfsituation ausgehend, gestützt auf eine konkrete Untersuchung von Wahlkampf und Wahlergebnis, vorgenommen werden. Nur ein solches Vorgehen ermöglicht es, auch aus der Untersuchung dieses <u>einen</u> politischen Ereignisses Nutzen zu ziehen für die klarere Sicht der <u>gesamten</u> Klassenkampfsituation."
Das Kollektiv stellt die Sache genau in der bezeic hneten Weise auf den Kopf.Damit kommt es zur Ansicht, daß verschiedene Wahlergebnisse auch eine unterschiedliche Tendenz in der Arbeiterklasse und im Volk ausdrücken müßten. Indem es als Maßstab für die Einschätzung der Wahlen nicht mehr die Entwicklung an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfs und der Klakasituation insgesamt nimmt, sondern die wechselnden Wahlergebnisse selbst zum Maßstab für die Einschätzung der ideologischen Entwicklung und der Entwicklung der Klakasituation macht, verliert es den Boden unter den Füßen und kann sich gar nichts mehr erklären. Dahinter sthet unausgesprochen die Meinung, daß das Ergebnis der NR-Wahlenhalt wahrscheinlich doch eine Tendenzwende im Volk bedeute. Es ist wohl auch nicht auszuschließen, daß es gerade dieses Wahlergebnis war, das im Kollektiv zur Herausbildung seiner Position einen Anstoß gegeben hat.

G.St., 29.12.75

Im folgenden drucken wir eine Stellungnahme von J.L. (VUV-Sektion Volksbildungswesen) zu einigen Fragen der KB-Politik ab, mit einer Antwort auf diese Stellungnahme von W.L.

STELLUNGNAHME ZU UNSEREM AUFTRETEN ANLÄSSLICH DER NATIONALRATSWAHLEN UND ZUR "IBERIA-AKTION" 28.10.1975

Vorbemerkung:

Im Verlauf der Wahlkampfzeit sind meine Zweifel an der Richtigkeit unseres Auftretens immer stärker geworden. Mit Verwunderung habe ich dann festgestellt, dass kaum ernsthafte Selbstkritik von Seiten der KB-Leitung nach der Wahl geübt wurde.

Wegen meiner langwierigen Krankheit kann ich meine Kritik erst mit grosser Verspätung in der Organisation zur Sprache bringen. Trotzdem erwarte ich mir eine Reaktion auf die Stellungnahme, weil die Klärung der Differenzen für mich und auch für die Organisation, wie ich meine, von Bedeutung ist.

I. Zu unserem Auftreten im Verlauf dds "Wahlkampfes":

a) Fragen der politischen Linie

1) Vor Anfang an stand ich in Widerspruch zum Vorschlag der KB-Leitung (der nicht zufällig zu einer anfänglich ganz falschen Stossrichtung in der Auseinandersetzung mit der VRA führte) an die Massen, auf den Wahlzettel "Vorwärts zur sozialistischen Revolution" zu schreiben. Auch der Vorwurf des Opportunismus an die Adresse der Zweifler konnte meine Bedenken nicht ausräumen. Abgesehen davon, dass ich diesen "Vorschlag" für die Massenarbeit aus praktischen Gründen immer ein wenig für lächerlich gehalten habe, versteckt sich hinter ihm eine Überschätzung des Wahlaktes (und damit auch des Parlaments). Denn es ist (objektiv) natürlich bedeutungslos, wie man den Stimmzettel ungültig macht, wenn man den Wahlakt nicht zu einem Akt des Bekenntnisses (eines wirkungslosen allerdings) hochstilisieren will. Denn jeder normale Bürger geht zur Wahl, um eine Wirkung in seinem Sinn zu erzielen, und nicht um ein Bekenntnis abzulegen. Deswegen klingt zwar die Agumentation, mit diesem Spruch würde man der Bourgeoisie - per Wahlakt - die umfassende Absage erteilen, sehr prinzipienfest, sie ist aber im besten Fall eine prinzipienfeste Kinderei, mit der man sich bei den Massen zu Recht leicht lächerlich macht.

Zudem, und das halte ich für wichtiger, lenkt dieser Vorschlag, trotz aller gegenteiligen verbalen Beteuerungen, die Massenagitation praktisch in eine falsche Richtung, nämlich die Leute davon zu überzeugen, dass es eben doch von Bedeutung sei, dies und nichts anderes auf den Wahlzettel zu schreiben. Statt dessen kam es darauf an, die Agitation gerade auch während der Wahlzeit in den Dienst des ausserparlamentarischen Kampfes zu stellen, den Massen die Notwendigkeit der Aufnahme des Kampfes vor Augen zu führen, ihnen praktische Antworten auf ihre diesbezüglichen Fragen zu geben und ihnen in diesem Zusammenhang die Illusionen über die Bedeutung des Parlaments zu nehmen.

Beide Aufgaben kann man erfolgreich erfüllen, ohne dass deswegen die Leute auch gleich von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution überzeugt sein müssten. Insofern war der "Wahlvorschlag" des KB keine Handlungsperspektive für die Massen, sondern in der jetzigen Klassenkampfsituation nur für Kommunisten. Das war wohl nicht der "Zweck der Übung". (Ich halte es keineswegs für opportunistisch, sondern vielmehr für angebracht, wenn ein Agitationsgespräch nicht auf den "Spruch" hin getrimmt wurde, was praktisch ohnehin sehr schwer gewesen sein dürfte.)

2) Zur KP-Broschüre:

Wenn man der KPÖ schon eine gleich 70-seitige Broschüre widmet, dann müsste sie meiner Meinung nach wenigstens das Wesentlichste zur Charakterisierung dieser Partei enthalten. Denn kann man die KP einfach nur als traditionelle reformistisch-revisionistische Partei (des österreichischen Kapitals) bzw. als österreichische bürgerliche Arbeiterpartei im herkömmlichen Sinn behandeln,

wie das die Broschüre (fast ausschliesslich) tut? Keineswegs! Eine solche Einschätzung ignoriert die heutige Weltlage, speziell das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft mit dem Schwerpunkt Europa, ist also nationalborniert. Nur im Zusammenhang mit der Entartung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Macht, die längst den Kampf um die Hegemonie in der Welt angetreten hat, wird Bedeutung, Charakter und Programm der KPÖ (wie der anderen revisionistischen Parteien Westeuropas) voll erfassbar. Sie ist nämlich im Zusammenhang mit den Vorstoss der sozialimperialistischen Weltmacht nach Westeuropa zuammen mit den anderen revisionistischen Parteien eine nicht unbedeutsame Agentur und als solche ein Faustpfand in der Hand dieser Supermacht im Ringen um ihre Vorherrschaft in Europa, ein wichtiges Mittel zur Stärkung des wirtschaftlichen, politischen und auch ideologischen Einflusses in Österreich. So dienen die Programm-Rezepte der KP zur Krisenverhütung bzw. -beseitigung keineswegs nur der Rettung des österreichischen Kapitals, sondern vielmehr der Stärkung des ökonomischen und politischen Einflusses der SU. Dass daran die Spitzen der KP natürlich mitprofitieren, macht die ökonomische Basis dieser Clique deutlich.

Auch wichtige Teile der österreichischen Bourgeoisie haben nichts gegen die Ausdehnung des Kapital- und Warenhandels mit dem Ostblock, "geführt" von der SU (die SP rühmt sich nicht selten, rechtzeitig dafür eingetreten zu sein), die zielstrebig die Krise der westeuropäischen Länder in ihrem Interesse zu nützen versucht.
Deswegen sind diese Teile der österr. Bourgeoisie noch lange nicht für einen stärkeren politischen Einfluss der KP, vor allem solange die SP so hervorragend die notwendigen Geschäfte erledigt. (Das schliesst nicht aus, dass sie für gefährlichere Zeiten in Reserve gehalten wird). Die KP wiederum muss ihre politische Bedeutung durch die Ausdehnung ihres Einflusses auf die in Bewegung geratenen Teile der Arbeiterschaft und anderer fortschrittlicher Kräfte des Volkes erhöhen. Das gerade aber macht die KP für die Zukunft gefährlich, weil sie die fortschrittlichen Kräfte des Volkes in den Schlepptau des russischen Sozialimperialismus zu nehmen und auf diese Weise objektiv zu pervertieren versucht. Deshalb läuft es auf eine Verharmlosung der KP, vor allem aber des russischen Sozialimperialismus hinaus, wenn man diese Partei so wie in der Broschüre behandelt. (Dies liegt auf der gleichen Linie, wenn der KB zum Jahrestag der Besetzung der CSSR die diesbezügliche Agitation den Trotzkisten überlässt. Es hätte ihn wenigstens das einhellige Schweigen der bürgerlichen Presse stutzig machen müssen).

Nicht umsonst reagiert die KP-Führung viel allergischer auf die Entlarvung ihrer Agenturfunktion als auf den Vorwurf, sie sei keine revolutionäre Partei mehr, was ihre Funktionäre je nach Publikum bestätigen oder bestreiten. (Diese Schwindler stehen doch nicht einmal an, wenn es ihnen gerade opportun erscheint, von der Notwendigkeit der Zerbrechung des Staatsapparates zu schwätzen).

Infolge der Anlage der gesamten Broschüre kann die Demaskierung des Entspannungsschwindels nur angeklatscht und nicht im Gesamtzusammenhang der Rolle der KP vermittelt werden. Denn trotz allem Friedensgeheul ist auch die KPÖ als Stützpunkt der SU in ihrem Kampf um die Vormacht in Europa in Wirklichkeit kriegstreiberisch und unter dem Deckmantel der Forderung nach einer wirklichen Neutralitätspolitik Österreichs versucht sie, politisch die Finnlandisierung Österreichs voranzutreiben, die ökonomisch(ohne und mit ihrer Hilfe) besonders seit der SP-Regierung kräftig voranschreitet. Im Ringen der SU um die Vormacht in Europa wird gerade Österreich in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen, als man jetzt wahrzuhaben geneigt ist.

3) Zur "Kriegsbroschüre":

Sie ist zwar meiner Meinung nach richtig aufgebaut und bedeutet auch einen Fortschritt gegenüber den ziemlich undifferenzierten Aussagen des letzten KB-Rechenschaftsberichtes, lässt jedoch wichtige Fragen offen bzw. wirft sie nicht einmal auf. (Eine Schwäche ist es auch, dass sie mit keinem Wort den Kampf gegen den Krieg und für die Unabhängigkeit Österreichs in der Zeit der Besetzung des Landes durch Hitlerdeutschland erwähnt. Die Verlebendigung dieser Kampftradition des österr. Volkes scheint mir gerade wegen des Missbrauchs

des antifaschistischen Kampfes durch die Revisionisten und russ. Sozialimperialisten von grosser Bedeutung.)

Es wird in der Broschüre mit Nachdruck festgehalten, dass nur die Revolution den Krieg verhindern kann. Diese strategische Bestimmung darf jedoch nicht dazu verleiten, uns über die aktuellen Aufgaben und die Beantwortung der in diesem Zusammenhang auftauchenden Fragen hinwegzumogeln. So wird in der Broschüre zwar festgestellt, dass man das Entspannungsgerede entlarven sowie der Komplizenschaft der österr. Bourgeoisie mit den imperialistischen, insbesondere den Supermächten entgegentreten müsse. Was heisst dies jedoch heute konkret? Lehnt man die Integration Österreichs in der EWG ab oder befürwortet man einen Zusammenschluss Europas für den Kampf gegen die Supermächte? Fordert man eine wirkliche Neutralitätspolitik und die Unabhängigkeit Österreichs von den Supermächten, tritt man für eine Einheitsfront Österreichs mit der Dritten Welt ein oder hält man solche Forderungen für opportunistisch, weil sie ein Zusammengehen mit der Bourgeoisie nahezulegen und den Verzicht auf den Klassenkampf zu bedeuten drohen? Ausserdem wird der Kampf gegen die Supermächte praktisch auf die Entlarvungstätigkeit beschränkt, indem andere Möglichkeiten des Auftretens gegen Kriegstreiberei und für die Erhaltung des Friedens nicht ewähnt werden. Auf die Dauer werden wir uns um die Beantwortung dieser Fragen nicht herumdrücken können, sonst wird der Ruf nach der Revolution zur Selbstbetäubung.

4) Zur Krisenbroschüre:

Abgesehen von der etwas unübersichtlichen und verwirrenden Fülle von Informationen entlang der vorgegebenen Linie (Lohnabbau - Rationalisierung - Arbeitslosigkeit), durch die sich ein normaler Werktätiger nur schwer hindurchbeissen wird, halte ich die Broschüre für viel zu ökonomistisch (in bezug auf die ökonomischen Fragen wiederum ist sie unvollständig, als sie die Teuerung nicht erklärt und auf die Staatsverschuldung nicht eingeht). Die Broschüre sieht in den Werktätigen nur Leute, die von der ökonomischen Krise betroffen sind, und übersieht fast gänzlich, dass sie tagtäglich dem Trommelfeuer bürgerlicher, besonders sozialpartnerschaftlicher Propaganda (durch die Medien, Parteien und Gewerkschaften) ausgesetzt sind, dass sie sich angesichts der eigenen Erfahrungen mit der Krise Gedanken machen über die vor allem von der SP vorgeschlagenen Lösungen, über die Lage im Ostblock, die von der KP zum Teil als Alternative angepriesen wird usw. Darüber verliert die Broschüre fast kein Wort, obwohl von der Organisation gerade in letzter Zeit immer wieder die Notwendigkeit des ideologischen Kampfes betont wurde.

Ausserdem werden dem Leser die mannigfaltigsten Forderungen um die Ohren geschlagen, die ihm kaum eine praktische Anleitung für sein politisches Handeln am Arbeitsplatz etc. bieten. Sie sind eher dazu angetan, das Gefühl der Machtlosigkeit und der Resignation zu steigern und/oder sich auf die Aktivitäten der Gewerkschaftsführung zu verlassen, auch wenn das Gegenteil beabsichtigt ist. Denn sie allein könnte die meisten dieser schönen Forderungen durchsetzen, wenn sie wollte, d.h. die Arbeiter mobilisieren würde. Dieses undifferenzierte Aufstellen von Forderungen hängt meiner Meinung nach mit der aktuellen falschen Gewerkschaftslinie des KB zusammen, die letztlich zurückgeht auf eine falsche Einschätzung der Klassenkampfsituation. Diese Differenzen müssen jedoch in einem anderen Zusammenhang (Rechenschaftsbericht, Grundsatzerklärung) ausgetragen werden.

5) Der "Sozialdemokraten-Klassenkampf" vom September dürfte zwar nur ein Ausrutscher der Redaktion gewesen sein, drückt aber doch die allgemeine Unklarheit in der Organisation aus, dass man auch im Wahlkampf hauptsächlich gegen die SP(-Regierung) hätte auftreten müssen, allein schon deshalb, weil sie den entscheidenden politischen Einfluss auf die Arbeiter und viele andere Werktätige hat. (Demgegenüber scheint mir die ÖVP mehr ins Schussfeld unserer Kritik geraten zu sein).

b) Fragen der schriftlichen Massenarbeit im "Wahlkampf"

1) Wenn man die verschiedenen schriftlichen Erzeugnisse des "Wahlkampfes", die für die Massen bestimmt waren, überschaut, kommt man unweigerlich zum Schluss, dass der KB mit ihnen wenig, wohl aber einiges mit viellesenden Arbeitern und

anderen politisch gebildeten Werktätigen (am ehesten Intellektuellen) vorhatte. (Dass die "Krisenbroschüre" ca. eine Woche vor dem Wahltag erschien, ist wohl mit der gewaltigen Arbeitsbelastung zu erklären, zeigt aber erneut, dass der KB noch immer ziemlich wenig in der Lage ist, die Kräfte der Organisation realistisch einzuschätzen).
Abgesehen von den häufig immer noch blutleeren und leitartikelnden Klassenkampfflugblättern waren unsere Wahlplakate, besonders das mit dem Wahlaufruf, unwirksam, wenn nicht massenfeindlich. Obwohl dieser Aufruf mehrfach kritisiert worden war, weil man ihn als Flugblatt verteilte, schreckte man nicht davor zurück - schade um Arbeit und Papier -, ihn auch noch in Plakatform zu verwursten. (Im Vergleich zu den unseren waren die Plakate der Trotzkisten geradezu ein Ausbund an Verständlichkeit und formaler Attraktivität und sie sind im Gegensatz zu den unseren z.T. auch gelesen worden).

2) Zum Broschüren(un)wesen:

Ich wage zu bezweifeln, dass die zum Verkauf angebotenen Broschüren sehr massenwirksam waren (das müsste auch an den Verkaufszahlen abzulesen sein) und ich traue mich zu wetten, dass die Broschüren nicht einmal bei weitem von allen Genossen gelesen wurden. Kein Wunder, wer macht sich schon so schnell über ganze 168 Seiten her (das theoretische Organ nicht eingerechnet). Was die Genossen selbst nicht schaffen, will man ruhigen Gewissens offenbar den Massen zumuten; das ist nicht Vertrauen auf die Massen, sondern ihre Verhöhnung.

Es besteht überhaupt die Gefahr, dass die Broschüren, die für bestimmte Themen durchaus sinnvoll eingesetzt werden können, zum Aushängeschild unserer literarischen Produktionskraft verkommen, ohne eine wirksame Funktion für die Massenarbeit zu erfüllen. So wäre es für den "Wahlkampf" meiner Meinung nach besser gewesen, eine kurze, anschauliche, verständliche und ansprechend aufgemachte zentrale "Broschüre" (Zeitung) zu verfassen, die umfassend und zusammenhängend unsere politische Linie dargelegt hätte (mit etwa folgendem Aufbau: Tätigkeit der Parteien mit Schwerpunkt SP(-Regierung) in den letzten Jahren, was sie versprechen und in Wirklichkeit tun bzw. wollen, entlang unserer drei Schwerpunkte; Entlarvung des Parlaments und der Funktion der Wahlen; Darlegung der revolutionären Perspektive und Erklärung der wichtigsten Forderungen; Vorschlag für das Wahlverhalten).
Diese "Broschüre" hätte man gratis an alle verteilen können, bei denen wir regelmässig politisch tätig sind; man hätte sie auch gezielt beim Klassenkampfverkauf und in der Stadtteilarbeit etc. einsetzen können. So wäre der Verbreitung unserer Vorstellungen viel mehr gedient gewesen als mit den gelehrten und wenig ansprechenden langen Broschüren, (die anders abgefasst darüber hinaus für genauer Interessierte vielleicht von Nutzen hätten sein können.)

II. Zur IBERIA-Aktion:

Nach anfänglichen Schwankungen in der Beurteilung der Aktion, bin ich durch Gespräche mit Sympathisanten und Genossen, durch Diskussionen mit meinen Kollegen und Schülern zu einer nüchternen Betrachtung der politischen Lage und schliesslich zur festen Überzeugung gelangt, dass diese Aktion im wesentlichen massenfeindlich und daher falsch war. Wir sind aus dieser Aktion nicht gestärkt, sondern geschwächt hervorgegangen, was die Verankerung in den Massen betrifft. Wir haben uns also isoliert und der revolutionären Sache geschadet. Und wenn man genauer hinschaut, konnte dies nicht anders sein. Warum?

1) Die Klassenwidersprüche sind nach zwanzig Jahren relativen Klassenfriedens trotz der schärfer werdenden Krise noch sehr unentwickelt. Die wachsende Unsicherheit und der z.T. steigende Unmut haben noch keineswegs in wütende Empörung und Kampfbereitschaft umgeschlagen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Gewaltaktionen eingestellt, besonders wenn sie ihren Sinn nicht einsieht, wie es für die Iberia-Aktion auf jeden Fall zutraf.

2) Wir haben gegen die verlogene, aber in der Bevölkerung doch wirksame Berichterstattung aller Medien kaum eine Gegenöffentlichkeit hergestellt. Und woher soll das österreichische Volk schon Genaueres über die Zustände in Spanien wissen? Die Jahre des Bürgerkrieges liegen weit zurück und der Franco-Faschismus ist bei uns doch jahrzehntelang ignoriert oder verharmlost worden.

3) Die besondere Situation unmittelbar vor den Wahlen musste zu besonderer Vorsicht mahnen; man musste darauf gefasst sein, dass die bürgerliche Öffentlichkeit der Solidaritätsbewegung mit dem spanischen Volk einen gezielten Schlag zu versetzen beabsichtigte. Da musste ihr eine ausschlachtbare Aktion gerade gelegen kommen. Bei einem Streik achten deswegen gerade klassenbewusste Arbeiter auf strenge Disziplin. Deswegen ist es eine (Sumpf-)Blüte dogmatischer Argumentation (im RS 35, S. 7), zu behaupten, die Bourgeoisie wolle immer spalten (das ist schon richtig), habe aber solche Aktionen dabei nicht nötig (das ist vielmehr "lächerlicher Subjektivismus"). Sie ist im Gegenteil auf solche Aktionen immer wieder angewiesen, und wenn sie diese nicht selbst herbeiführen kann, dann benützt sie die sich bietenden Gelegenheiten, um ihre angeschlagene Ideologie unter den Massen wieder besser zu verankern und die der Arbeiterklasse durch gezielte Verteufelung zu isolieren. Dabei kommt es sehr darauf an, wieviele Angriffsflächen der Gegner bietet, um ihn bei den Massen in Misskredit zu bringen. Die Reaktionäre sind nicht so hanebüchern borniert wie manche M-Len, die Meinung der Bevölkerung zu ignorieren und die Fehler des Gegners nicht geschickt für sich umzumünzen. Und wir mit unserer minimalen Massenverankerung sollen es uns leisten können, alle diese Faktoren nicht zu berücksichtigen, weil die Bourgeoisie ja sowieso immer spaltet und uns schaden will. Das wäre Politikastertum. Das Argument, "würde man diesen Masstab (nämlich die Billigung des Volkes, L.J.) an jede Aktion und Stellungnahme anlegen, müsste man im Grunde auf seine Politik verzichten" (RS 35, S. 7) ist ein fauler Trick. Denn erstens ist es richtig, dass man in der revolutionären Politik immer die konkrete Situation berücksichtigen muss, und zweitens besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen "Aktion", also den Kampfformen, bei denen man sich besonders fest auf die Massen stützen muss, und der "Stellungnahme", gemeint ist wohl die Agitprop, mit der man, von den Meinungen der Massen ausgehend, sie für die revolutionären Auffassungen gewinnen will.

4) Als Pünktchen aufs i kommt noch die mangelhafte Vorbereitung hinzu, sodass man nicht einmal rechtzeitig und geordnet den Rückzug antreten konnte und die Führung des Kampfes faktisch zu einem guten Teil an die provokatorischen Trotzkisten überging. Dafür stelle sich unsere Führung "vorbildhaft-unerschrocken Aug' in Aug'" der Polizei gegenüber, wich nicht zurück...! Wahrhaftig die Spitze kleinbürgerlich-naiven Abenteurertums. Das ist im besten Fall individueller Heroismus, der aber auf die Meinung der Massen pfeift. So etwas mögen und können sich die Trotzkisten leisten, wir jedoch auf die Dauer sicher nicht.

All das kann hinterher leicht kritisiert werden, das weiss ich, und Fehler werden angesichts schneller politischer Entwicklungen ebenso schnell gemacht. Aber im nachhinein diese Fehler auch noch mit revoluitonären Phrasen zu bemänteln und Kritiker als Zurückweichler und vom Druck der öffentlihen Meinung eingeschüchtert zu beschimpfen, das ist schädlich und gefährlich für die weitere politische Entwicklung unserer Organisation. Hier scheinbar Rückgrat zu beweisen kostet nichts als ein bisschen Stehvermögen bei Diskussionen, das man jedoch schon seit langem übt.

ZUSAMMENFASSUNG: 28.11.1975

Neben den Differenzen zur politischen Linie des KB in einzelnen Fragen (z.T. festzumachen an den Broschüren), die im Rahmen der "Programmdebatte" bzw. der Diskussion der Grundsatzerklärung noch viel besser asugearbeitet werden müssen, halte ich z.T. damit zusammenhängend für ein wichtiges Merkmal der KB-Politik die häufig fehlende Massenlinie, oder schärfer ausgedrückt, ihre Massenfeindlichkeit. Sie äusserst sich in verschiedener Form: Man betreibt häufig Agitprop, die für die Massen nicht oder kaum verständlich ist (z.T. schon terminologisch), nicht an ihren Erfahrungen, an ihr Bewussteein anschliesst, geschweige denn es aufbricht (Beispiele sind neben den schon genannten nicht selten die zentralen Klassenkampfflugblätter, Artikel im "Klassenkampf"), sei es, weil man es nicht kennt oder sich nicht darum kümmert. Oder man stellt Forderungen auf, die über die Köpfe der Leute hinweggehen oder sie direkt vor den Kopf stossen, weil sie ihnen unrealistisch, nicht durchsetzbar oder überspannt vorkommen (s.z.B. die oft leichtfertige Propagierung von Arbeiterschutz- und demokratischen Forderungen), oder man setzt sich unter dem Deckmantel der Prinzipienfestigkeit vor allem bei Kampfformen über bestehende Auffassungen, Vorbehalte, ja Ressentiments relativ sorglos hinweg.

1) Der Charakter des KB als Intellektuellenorganisation (an dem auch einzelne Arbeiter nichts Wesentliches ändern), die noch sehr wenig mit den Massen verbunden ist. Und gerade Intellektuelle neigen aufgrund ihrer sozialen Lage leicht dazu, eher aus Büchern als aus der Praxis zu lernen und mit Hilfe von Dogmen an der Wirklichkeit vorbeizupolitisieren, die Klassenkampfsituation falsch zu beurteilen (s. z.B. die Verwirrung in der Organisation bezüglich der Linksentwicklung bzw. des Linksdranges) und die Kampfbereitschaft zu überschätzen (s. Fehler in der Tarifkampagne etc.).

   Dies gilt gerade auch für die Leitung, deren Mitglieder nicht als Führer aus Massenkämpfen hervorgegangen sind (was in unserem Land bisher auch schwer möglich war), deren Verbindung mit den Massen mir aber gerade für eine junge kommunistische Organisation (die aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist) doch zu gering ist. Eine solche "banale" Kritik offen vorzubringen, ist zwar bei uns unüblich, sie gibt es lediglich im "Untergrund" der Organisation; ihre Äusserung halte ich jedoch für längst angebracht und auch für nützlich.

2) Ein weiterer Grund für viele Fehler in der Massenpolitik scheint mir in der fehlenden Verbindung mit dem "Erbe" der Arbeiterbewegung zu liegen. Viele deshalb wegfallende Erfahrungen und Kenntnisse der Organisation können nur schlecht durch eifriges Studium des Marxismus-Leninismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung wettgemacht werden. Sie birgt wiederum die Gefahr einer klassenspezifisch-kleinbürgerlichen Rezeption und eines gewissen "Buchleninismus". Auch aus diesem Grund halte ich den Verlauf der Auseinandersetzung mit der VRA für unglücklich und nach wie vor für ein Versäumnis, so spät öffentlich die Diskussion mit ihr aufgenommen zu haben. Nicht umsonst treten die chinesischen Genossen mit Nachdruck für die Dreierverbindung in der Partei ein (alte, mittlere und junge Kader). (Ein Beispiel für diesen Mangel scheint mir die Beurteilung des 5oer Streiks und die Kritik an den Fehlern der KP in der sonst meiner Meinung nach sehr guten Broschüre).

3) Einen anderen Grund für manche Fehler sehe ich im schiefen, meiner Meinung nach versteckt trotzkistischen Verständnis der Funktion der Agitprop (hier blicke ich jedoch selbst noch nicht klar durch). Darunter verstehe ich die offenbar verbreitete Auffassung, die Agitation sei opportunistisch, wenn nicht hinten eine demokratische bzw. Arbeiterschutzforderung herausschaue oder gar die Notwendigkeit des Sozialismus abgeleitet sei, ob man nun damit entsprechend der Ebbe der Bewegung die Massen überfordert oder nicht.

Werden nicht auch diese "banalen", für den Fortschritt unserer Massenverankerung aber ziemlich schädlichen Fehler entschieden und wirksam bekämpft, werden wir noch lange keine wirklich revolutionäre Arbeiterorganisation werden.

J.L.

EIN BEITRAG ZUR "KLÄRUNG DER DIFFERENZEN" MIT DEM GENOSSEN J.L. (VUV-Sektion Volksbildungswesen)

Es gibt leider verhältnismässig wenige schriftliche Stellungnahmen des Genossen J.L., wenn man bedenkt, dass er seit langem praktisch gegen jeden politischen Schritt und gegen die gesamte Politik unserer Organisation auftritt. Mir liegen drei Stellungnahmen zur Frage der nationalen Vereinheitlichung (Winter 1974/75, Sommer 1975 und September 1975) und eine "Stellungnahme zu unserem Auftreten anlässlich der Nationalratswahlen und zur Iberia-Aktion" (28.1o.1975) vor. Die letzte Stellungnahme schneidet sehr viele Fragen an, vermeidet es aber in den meisten Fällen, die Kritik konsequent zu Ende zu führen, sondern verweist dann immer darauf, dass er, Gen. J.L., die Auseinandersetzung in der Debatte des Rechensch ftsberichtes und des Programmentwurfes weiterführen wollte. Das macht diese Stellungnahme für sich genommen schwer zu fassen, kann aber trotzdem nicht verbergen, dass J.L. in einer ganzen Reihe entscheidender Fragen eine andere politische Linie vertritt als der KB Wien. Er geisselt "Fehler" des KB Wien, streift dabei auch eine Reihe wirklicher Fehler, weshalb so mache Kritik auch vielen Genossen als plausibel und wenigstens z.T. berechtigt erscheinen kann, geht aber dabei von einer anderen politischen Linie aus und stellt sich in seiner Haltung auch unserer Organisation zumindest "von aussen", oft aber direkt feindlich gegenüber. Umso wichtiger und dringlicher ist es, dass die Auseinandersetzung konsequent entwickelt und in die gesamte Organisation und Bewegung getragen wird. Es ist zumindest seltsam, dass J.L. das nicht von sich aus energisch betreibt.

In den letzten Monaten hat sich Gen. J.L. gegen unser Auftreten zu den Wahlen ausgesprochen, gegen die Linie in der Portugalsolidarität, gegen die Spaniensolidaritätsaktion gegen die "Iberia", gegen die Demonstration am 12.12.1975. Er spricht sich ferner gegen unsere Gewerkschaftslinie aus und gegen die Linie im Kampf gegen den modernen Revisionismus der KPÖ. Er spricht sich auch gegen unsere Schritte und unser ganzes Vorgehen im Zug des Parteiaufbaus aus. In den Debatten in der VUV-Sektion, so wie auch in der Stellungnahme, kommt auch insgesamt eine andere Einschätzung der internationalen Lage und der Klassenkampfsituation in Österreich sowie der Aufgaben der Kommunisten in Österreich zum Ausdruck. Aus der Stellungnahme vom 28.1o. ist eindeutig zu schliessen, dass es auch Differenzen in der Frage gibt, wie die Massen im Kampf zusammengefasst werden können, d.h. in der Aktionseinheitspolitik.

Im folgenden möchte ich mich dennoch auf die "Stellungnahme" vom 28.1o.1975 beschränken und zeigen, wo ich hier Differenzen in der politischen Linie sehe, und zwar in der Reihenfolge, wie die Fragen dort aufgeworfen werden. Ich kann hier nicht auf jede Kritik von J.L. im einzelnen eingehen. Es geht mir nur darum, die politischen Fronten abzustecken. Dazu ist die "Stellungnahme" vom 28.1o. Material genug. Der Richtungskampf innerhalb der VUV-Sektion wird weiter ausholen können, denn die Genossen dort können sich auf mehr stützen als ich es kann.

J.L. polemisiert im ersten Abschnitt gegen unseren Vorschlag für das Wahlverhalten bei den Nationalratswahlen. Das entscheidende Argument ist, dass "...dieser Vorschlag, trotz aller gegenteiligen verbalen Beteuerungen, die Massenagitation praktisch in eine falsche Richtung (lenkt), nämlich die Leute davon zu überzeugen, dass es eben doch von Bedeutung sei, dies und nichts anderes auf den Wahlzettel zu schreiben. Statt dessen kam es darauf an, die Agitation gerade auch während der Wahlzeit in den Dienst des ausserparlamentarischen Kampfes zu stellen, den Massen die Notwendigkeit der Aufnahme des Kampfes vor Augen zu führen, ihnen praktische Antworten auf ihre diesbezüglichen Fragen zu geben und ihnen in diesem Zusammenhang die Illusionen über die Bedeutung des Parlaments zu nehmen." (S. 21) Auf die im letzten Satz des Zitats angesprochenen Ziele des Auftretens kommt es zweifellos an. Aber nach Meinung des KB Wien kommt es in der gegenwärtigen Situation auch darauf an, die Menschen für ein bestimmtes Wahlverhalten zu gewinnen, sei es für die Unterstützung der kommunistischen Kandidaten, sei es für einen anderen Vorschlag. Das ist solange der Fall, solange der Parlamentarismus noch intakt ist. Wenn wir unter solchen Bedingungen nicht kandidieren können, dann schlagen wir dennoch ein aktives Wahlverhalten vor. Und wie wir auch im Fall der Kandidatur die Menschen dafür gewinnen wollen, dass sie ihre Stimme für die sozialistische Revolution abgeben, so haben wir auch diesmal die Losung: "Vorwärts zur sozialistischen Revolution!" vorgeschlagen. J.L. hält das für falsch. Seiner Meinung nach genügt es, im Sinne des zweiten Teils des Zitates anzutreten. Nicht dagegen, dass man "dies und nichts

anderes auf den Wahlzettel schreibt" polemisiert er freilich, sondern dagegen, dass man überhaupt ein ganz bestimmtes aktives Wahlverhalten für wichtig nimmt. Das geht auch aus dem letzten Klammersatz hervor. Das Zitat richtet sich in der Tat genauso wie gegen unseren Wahlvorschlag gegen eine Kandidatur der Kommunisten, denn würde von diesem Gesichtspunkt aus nicht eine Kandidatur und das Auftreten dafür in noch viel grösserem Mass von der Entlarvung des Parlamentarismus 'ablenken?" Das ist bekanntlich auch die Position der VRA.

Unsere praktischen Erfahrungen haben ausserdem bestätigt, wie wichtig unser Vorschlag als Zielpunkt der Agitation und Propaganda war. Es gibt nicht wenige Menschen, die uns in vielen einzelnen politischen Fragen zustimmen, aber noch nicht unserer Politik insgesamt. Deshalb haben sie auch unseren Vorschlag für das Wahlverhalten nicht befolgt, sondern SPÖ oder KPÖ gewählt oder sind auch nicht zur Wahl gegangen. Wenn einer für unseren Wahlvorschlag gewonnen werden konnte, dann bedeutet das, dass er wirklich für den Bruch mit den bürgerlichen Parteinn und mit dem parlamentarischen System gewonnen werden konnte und dafür, dem aktiv Ausdruck zu verleihen. Umgekehrt bedeutet der Verzicht auf diesen Vorschlag durch Genossen von uns stets, auch darauf zu verzichten, die Menschen in Richtung des entschiedenen Bruchs mit dem bürgerlichen Parteiensystem anzuagitieren und sich mit ihrem spontanen Unmut gegen die Parteien und gegen den Parlamentarismus zu begnügen. So tut es auch die VRA und so tut es auch J.L. Er sagt ja auch, dass es beim Auftreten zu den Wahlen nicht darauf ankäme, "dass deswegen die Leute auch gleich von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution überzeugt sein müssten". Es kommt aber gerade darauf an, die Leute davon zu überzeugen. Das ist das Ziel unseres Auftretens auch zu den Wahlen. Wir begnügen uns nicht damit, auf der Welle des spontanen Unmuts mitzuschwimmen wie die VRA. Für uns ist nicht gleich jeder von den Wahlen Angefressene einer, der mit den parlamentarischen Illusionen gebrochen hat. Wir treten für ein bestimmtes aktives Wahlverhalten gerade deshalb ein, um die Menschen für so einen Bruch zu gewinnen.

J.L. bezeichnet unseren Wahlvorschlag nicht nur als falsch, sondern auch als lächerlich. "...jeder normale Bürger geht zur Wahl, um eine Wirkung in seinem Sinn zu erzielen, und nicht um ein Bekenntnis abzulegen. Deswegen klingt zwar die Argumentation, mit diesem Spruch würde man der Bourgeoisie - per Wahlakt - die umfassende Absage erteilen, sehr prinzipienfest, sie ist aber in besten Fall eine prinzipienfeste Kinderei, mit der man sich bei den Massen zu Recht leicht lächerlich macht." (S. 21) Er sagt weiter, durch unseren Vorschlag werde der Wahlakt zu einem "Akt des Bekenntnisses (eines wirkungslosen allerdings) hochstilisiert". Was soll das heissen? Was kannt unter "Wirkung in seinem Sinn" gemeint sein im Falle der Kandidatur einer kommunistischen Organisation mit noch nicht sehr grossem Einfluss, d.h. ohne Chance, ins Parlament zu kommen? Die Wirkung besteht nur darin, dass sich möglichst viele Menschen aktiv und öffentlich zur solzialistischen Revolution "bekennen". Es ist richtig, dass in unserem Fall nicht bekannt wurde, wie viele sich dazu "bekannt haben" und dass das das "Bekenntnis" relativ entwertet. Deshalb haben wir ja auch gesagt, dass es sich nur um eine Krücke handelt. Aber deshalb braucht man nicht auch noch auf diese Krücke verzichten. "Lächerlich" ist unser Wahlvorschlag nur für jemanden, der das Wählen überhaupt für "lächerlich" hält und ablehnt. Soweit der Vorschlag aber unter den Massen für "lächerlich" gehalten wurde, lag das jedesmal daran, dass sie es - trotz schwerster Vorbehalte - für "lächerlich" hielten, nicht die SPÖ zu wählen.

Unser Auftreten zu den Wahlen einschliesslich des Vorschlags für das Wahlverhalten war daher politisch richtig und zielführend. Die Kritik von J.L. bringt hingegen eine Haltung zum Ausdruck, die man als ein "antiparlamentarisches Sektierertum" bezeichnen muss, das unter dem Deckmantel der "Massenfreundlichkeit" und des "gesunden Menschenverstands" auf das vollständige Zurückweichen und Kapitulieren vor den Aufgaben der Kommunisten hinausläuft.

Im zweiten Abschnitt sagt J.L., dass in dér ganzen KPÖ-Broschüre "das Wesentlichste zur Charakterisierung dieser Partei" nicht enthalten sei: Ihre Rolle als Agentur des Sozialimperialismus. Sie hingegen in erster Linie als reformistisch-revisionistische Partei zu behandeln, sei eine "Verharmlosung der KPÖ, vor allem aber des russischen Sozialimperialismus". "Nicht umsonst reagiert die KP-Führung viel allergischer auf die Entlarvung ihrer Agenturfunktion als auf den Vorwurf, sie sei keine revolutionäre Partei mehr, was ihre Funktionäre je nach Publikum bestätigen oder bestreiten. (Diese Schwindler stehen doch nicht einmal an, wenn es ihnen gerade opportun erscheint, von der Notwendigkeit der Zerbrechnung des Staatsapparates zu schwätzen)." Zugleich weist J.L. auf die Gefahr hin, dass die KPÖ ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft und das Volk ausdehnt. Unsere Aufgabe besteht eben darin, das zu verhindern. Und zwar deshalb, um der Revolution in Österreich zum Sieg zu verhelfen. Wie kann man es aber verhindern? Dazu muss man sich zuerst fragen, wie die KPÖ versucht, ihren Einfluss zu erweitern. Tritt sie dazu vor allem mit einer Propaganda für den Sozialimperialismus auf? Versucht sie die Menschen dafür zu gewinnen? Keineswegs. Sie versucht sie mit und für reformistische Vorschläge zur Besserung ihrer Lage zu gewinnen. Dass sie manchmal irgendwo eine "revolutionäre" Phrase herausfurzt, ändert nichts daran, dass sie eine ganz bestimmte revisionistische Politik vertritt, die Menschen dafür zu gewinnen sucht und auf dieser Politik auch festgenagelt werden kann. Eher rückt sie dazu sogar scheinheilig vom Sozialimperialismus ab - wie die PCI oder die PCF. Das zeigt schon vom Standpunkt der praktischen Erfordernisse, dass wir die KPÖ als Agentur des Sozialimperialismus entlarven, aber in erster Linie den Reformismus und Revisionismus der KPÖ als Sackgasse für den gesamten Klassenkampf der Arbeiterklasse aufzeigen müssen. So müssen wir diese Partei stellen und das macht auch die Broschüre. Weil wir das tun und auch eine entsprechende Aktionseinheitspolitik machen - deshalb und nur deshalb sind wir zu einem Faktor geworden, der der KPÖ heute doch schon beträchtlich zusetzt. Das zeigt sich daran, dass sie auf uns bereits manchmal eingehen muss. Weil die VRA das nicht macht, sondern nur oder hauptsächlich über die "Papageien des Kreml" herzieht, ist sie kein solcher Faktor. Es mag schon sein, dass die Revisionisten "allergischer reagieren", wenn man ihnen ins Gesicht sagt: "Du Russenknecht!" Aber unsere Politik, die ihnen das auch ins Gesicht sagt, aber sich damit nicht begnügt, trifft sie politisch viel härter. Das zeigen die Tatsachen.

Was sich bei J.L. als Linie des Angriffs gegen die KPÖ abzeichnet ist eine vollkommen falsche Linie. Sie läuft auf eine "Entlarvung" der KPÖ hinaus unabhängig vom Gesamtzusammenhang des Klassenkampfs in Österreich, der seinem Wesen nach der Kampf zwischen österr. Proletariat und österr. Bourgeoisie ist, und so, dass die "Entlarvung" der KPÖ als Agentur des Sozialimperialismus nicht der Entlarvung dieser Partei in ihrer gesamten Rolle für den Klassenkampf in Österreich untergeordnet wird. Im Gegenteil wird diese eine Seite des Charakters der KPÖ vollkommen verselbständigt, an die erste Stelle gesetzt und alles dieser einen Seite untergeordnet. Es wird so nicht gelingen, die KPÖ zu treffen und zu isolieren. Vor allem deshalb nicht, weil es den tatsächlichen Verhältnissen im Klassenkampf widerspricht, in denen halt nicht die Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs durch den Sozialimperialismus die alles beherrschende Hauptfrage ist und angesichts derer halt solche Menschen, die nach einer Alternative zu den anderen bürgerlichen Parteien suchen und sie vielleicht in der KPÖ zu erblicken glauben, diese Partei nicht nur nach dieser einen Seite hin beurteilen. Offenbar ist es aber bei J.L. so, dass er alles nur nach dieser Seite hin beurteilt. Es ist daher anzunehmen, dass er den Gesichtspunkt, den er an die KPÖ anlegt, an die gesamte Politik anlegt und überall nur mehr die Rivalität der Supermächte um die Welthegemonie sieht und sonst nichts. Seine Diskussionsbeiträge zu den Aufgaben der Arbeiterklasse und der Kommunisten in Portugal, aber auch zu den Aufgaben der österreichischen Kommunisten (Diskussion über nationale Vereinheitlichung und Programm) weisen auf so eine falsche Linie hin. Was er hier zur KPÖ sagt, deutet ferner darauf hin, dass er - was den Klassenkampf in Österreich betrifft - den Kampf gegen die Kriegsgefahr und für die Unabhängigkeit Österreichs nicht der Revolution unterordnet, wie der KB Wien es tut, sondern im Gegenteil die Revolution bestenfalls unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Supermächte begreifen kann, wie die VRA es tut. Auch diese Position läuft natürlich letztlich auf den Verzicht auf die Revolution und die Unterordnung unter die Bourgeoisie hinaus, wie es verschiedene Gruppen im Ausland bereits deutlich vorexerzieren und wie es sich in der "Volksmacht" der VRA jedenfalls schon deutlich gezeigt hat.

Ausserdem spricht aus der "Stellungnahme" von J.L. auch eine falsche Einschätzung der internationalen Stellung Österreichs, die die enge wirtschaftliche, politische und militärische Verflechtung und Zugehörigkeit zum westlichen Imperialismus leugnet, weshalb von "Finnlandisierung" gar keine Rede sein kann und übrigens auch nicht von "Diener zweier Herren", wie die VRA es nennt.

Eine weitere Frage, die sich aufdrängt, ist die nach Sinn, Zweck und Möglichkeit einer Aktionseinheitspolitik mit der KPÖ in den Augen von J.L. Auf der von ihm vorgeschlagenen Linie ist so etwas weder möglich noch notwendig, denn um die KPÖ losgelöst vom Klassenkampf in Österreich als Agentur des Sozialimperialismus zu "entlarven", braucht man keine solche Politik, wie man sich dazu überhaupt nicht auf den Zusammenschluss der Massen im Kampf zu orientieren braucht und kann, sondern allein auf die Propaganda der Kommunisten. Leider findet sich in der "Stellungnahme" kein Abschnitt über die Frage der Aktionseinheitspolitik allgemein. Denn wenn man glaubt, die KPÖ ohne eine solche Politik isolieren zu können, dann kann es leicht sein, dass man das auch in bezug auf andere politische Kräfte glaubt. Dass man sich z.B. vorstellt, dass man die Sozialdemokratie und die reformistische ÖGB-Führung schlagen kann, indem man ihnen nachweist, dass sie teils selber Kapitalisten, teils engstens mit dem Kapital verflochten sind. Dass man sich - kurz gesagt - vorstellt, dass die Massen in erster Linie durch die Propaganda der ML, statt durch ihre eigenen Erfahrungen im Leben und im Klassenkampf lernen. Dass man - anders ausgedrückt - eine sektiererische Haltung einnimmt, die Massen sich selbst und den bürgerlichen Führern überlässt und damit vor der Aufgabe, die Massen zu gewinnen, von vornherein kapituliert.

In dem nächsten Abschnitt über die "Kriegsgefahrbroschüre" kritisiert J.L., dass keine ausreichenden Festlegungen zu den Aufgaben der Kommunisten in Österreich angesichts der dargestellten Entwicklung enthalten sind. Das ist bisher ein Mangel unserer politischen Linie. Es ist allerdings so, dass einige Festlegungen im Beschluss der Linzer Konferenz enthalten sind (siehe "Kommun st" 1/)5), vor allem die Festlegung, dass der Kampf gegen die Kriegsgefahr dem Kampf um die Revolution untergeordnet ist. Das ist eine sehr wichtige Festlegung und sie steckt auch den ideologischen rontverlauf zur VRA ab. Gerade angesichts des vorhergehenden Abs it- tes über die KPÖ wäre eine Stellungnahme von J.L. dazu notwendig. Ich sage das aber noch aus einem zweiten Grund. Er besteht darin, dass in der letzten Zeit dort und da die Unsitte eingerissen ist, sich unter dem Vorwand, dass es keine Festlegungen zu dieser oder jener Frage gäbe, um die Auseinandersetzung mit den bestehenden, oft durchaus unzureichenden, ja vielleicht auch falschen Festlegungen herumzudrücken. Das bringt uns aber natürlich nicht weiter.

Im folgenden Absdhnitt behandelt J.L. die in der Broschüre zum Kampf gegen die Folgen der Krise aufgeworfenen Fragen. Gleich am Anfang charakterisiert J.L. die Broschüre als "viel zu ökonomistisch". Nach den darauf folgenden Sätzen zu schliessen, meint J.L. damit, dass sie nur auf die Folgen der Krise und darauf, wie der Kampf dagegen zu führen ist, eingeht und nicht auf die Krisenrezepte der SPÖ und KPÖ, was im politischen Leben dazu gesagt wird. Unter Ökonomismus versteht der Marxismus-Leninismus nun das "Bestreben, die politische Agitation und den politischen Kampf einzuengen oder sie gegen die Scheidemünze kleiner Forderungen einzutauschen, ferner das Nichtverstehen der Tatsache, dass die Sozialdemokratie, wenn sie nicht die Führung der gesamtdemokratischen Bewegung in ihre Hände nimmt, nicht imstande sein wird, die Selbstherrschaft zu stürzen" (Lenin, Werke Bd. 5). Ökonomismus bedeutet, sich in seiner ganzen Politik auf die wirtschaftliche Seite des Klassenkampfes bzw. auf "Politik auf wirtschaftlicher Grundlage" (Arbeiterschutz) zu beschränken. Ökonomismus bedeutet, nur von der Abwehr der Folgen der Krise des Kapitals zu sprechen, nicht auch und vor allem von der Beseitigung des Kapitals. Unsere Broschüre beschränkt sich auf die Darstellung der und den Kampf gegen die Folgen der Krise, soweit diese sich auf das Verhältnis von Kapitalisten und Lohnarbeitern beziehen (Lohnraub, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit), aber sie ist nicht ökonomistisch. Was J.L. kritisiert, hat mit Ökonomismus überhaupt nichts zu tun. Er scheint den Begriff Ökonomismus allerdings ohnehin eher als abwertende Phrase zu verwenden, sonst könnte er nicht auf die absurde Formel "viel zu ökonomistisch" kommen.

Im Lichte des eben zitierten Leninzitats muss man sich aber vor allem den folgenden Absatz von J.L. durchlesen. "Ausserdem werden ....ausgetragen werden." (S. 23)

Das ist ein Paradestück der Kritik, wie sie von J.L. am KB Wien geübt wird. Dass in unserer Agitation und Propaganda überall hinten eine allgemeine Forderung angehängt wird (siehe auch letzte Seite) widerspricht einfach den Tatsachen, d.h. dem, was z.B. wirklich in unserer Zeitung und in unseren Flugblättern steht. Im Unterschied zu anderen Dingen wird kalter Kaffe nicht besser, je länger er steht. Im Gegenteil, er wird abgeschmackt. Dass allgemeine Forderungen "keine praktische Anleitung für das politische Handeln am Arbeitsplatz" darstellen, ist in gewissem Sinn richtig, aber in diesem Sinn versteht es sich von selbst. Eine "praktische Anleitung" im engeren Sinn muss die konkreten Umstände in der jeweiligen Branche, Region, Fabrik, Abteilung usw. berücksichtigen. Z.B. eine "praktische Anleitung" dafür, wie unser Vorschlag für ein Forderungsprogramm der Metallarbeitergewerkschaft eingesetzt werden soll in diesem oder jenem Betrieb. So eine "praktische Anleitung" kann mit den zentralen Agitpropmaterialienüberhaupt nicht gegeben werden. Was damit aber sehr wohl gegeben werden kann, ist eine allgemeine Ausrichtung des Auftretens in einer bestimmten Frage und eine "praktische Anleitung" in diesem Sinn. Das tut unser Vorschlag zu den KV-Verhandlungen zweifellos und er ist ja auch in dem einen oder anderen Betrieb erfolgreich eingesetzt worden, wenn unser Kollektiv sich auf seiner Grundlage um die "praktische Anleitung" bemüht hat (Horny, Kapsch). Interessanter als diese Seifenblaserei von J.L., die Tatsachen verdreht, eine heillose Verwirrung stiftet und nur dazu dient, um die Politik des KB Wien herabzusetzen und unter den Genossen den Eindruck zu erzeugen, alles sei beschissen, - interessanter als das ist aber das Gedankengut des nächsten Satzes des Zitats. Dort steht nämlich, dass allgemeine Forderungen der Kommunisten oder - J.L. bezieht sich ja auf die Broschüre - z.B. unser Vorschlag zu den KV-Verhandlungen ein "Gefühl der Machtlosigkeit und der Resignation" verbreiten. Warum könnte das der Fall sein? Was kann J.L. im Auge haben? Dass die Verwirklichung dieser Forderungen bzw. Perspektiven des Kampfes der Arbeiterklasse, wie sie auch in den Forderungen zum Ausdruck kommen, von den bestehenden Zuständen noch sehr weit, "allzu weit" nach Meinung von J.L., entfernt sind. Das ist die einzige denkbare Möglichkeit. J.L. sagt ja nicht, dass solche Forderungen von den Arbeitern als "Blödsinn" oder Utopie angesehen würden, weil sie den Anforderungen des Klassenkampfes nicht entsprechen und keine Richtlinie für den Klassenkampf sind. Er spricht ausdrücklich von "Gefühl der Machtlosigkeit" und "Resignation", d.h. dass der Arbeiter erdrückt wird von dieser Perspektive. Man muss diese Überlegungen zu Ende denken: Man darf dem Arbeiter nur mit kleinen "nächstliegenden" Forderungen kommen, aber nicht mit "weithergeholten, realitätsfernen Perspektiven" wie unsere allgemeinen Forderungen. Und wenn das schon für diese Forderungen gilt, um wieviel mehr muss es für die Revolution und den Sozialismus gelten. Muss nicht der Gedanke der Revolution und des Sozialismus in noch viel grösserem Mass ein "Gefühl der Machtlosigkeit und der Resigantion" verbreiten?

Die Arbeiter werden aber nach Meinung von J.L. nicht nur durch diese Gefühle gelähmt, sondern auch auf die Gewerkschaftsführung fixiert, "denn sie allein könnte die meisten dieser schönen Forderungen durchsetzen". J.L. sagt selbst, dass er eine andere politische Linie in der Gewerkschaftsfrage vertritt als der KB Wien. Dafür liefert dieser Satz tatsächlich den Beweis. Wir gehen nicht von einem Gegensatz und einer Trennung zwischen Arbeiterklasse und Gewerkschaft aus, J.L. tut das schon. Nicht auf die Gewerkschaftsführung dürfen sich die Arbeiter verlassen, sondern nur auf die eigenen Kräfte - sagt er. Das ist richtig. Er befürchtet nun, dass die Arbeiter sich angesichts unserer Agitprop denken, dass nur die Gewerkschaftsführung "diese schönen Forderungen" durchstzten könnte. Ich glaube nicht, dass sich ein Arbeiter denkt, dass die Gewerkschaftsführung für die Massen "diese schönen Forderungen" durchsetzen wird. Wieso, aufgrund welcher Erfahrungen, sollte er auf solche Gedanken kommen. Aber der Arbeiter wird sich überlegen, wie diese Forderungen zu realisieren wären. Dabei wird er zweifellos sofort auf die Frage der Gewerkschaft und auch der Gewerkschaftsführung stossen. Und was werden ihm die Kommunisten dann sagen? Sie werden ihm sagen, dass die Arbeiter sich nichts von der bürgerlichen Gewerkschaftsführung erhoffen dürfen. Das ist richtig. Aber das reicht nicht aus. Denn ebenso richtig ist, dass diese Forderungen nicht realisiert werden können, wenn sich die Arbeiter nicht über die einzelnen Betriebe hinaus als Klasse zusammenschliessen. Das können sie aber nur in der Gewerkschaft und unter der Führung einer kommunistischen Partei. Der Kampf um dieser Forderungen kann überhaupt nicht geführt werden,ohne Kampf um die Verankerung dieser Forderungen in der Gewerkschaft, d.h. ohne Kampf um die Gewerkschaft. J.L. dagegen sieht in der Gewerkschaft nur die

bürgerliche Führung, nicht die breiten Massen der Lohnabhängigen. Daher sieht er einen Gegensatz zwischen den Massen und der Gewerkschaft. Nicht auf die Gewerkschaft, sondern auf die eigenen Kräfte müssen die Arbeiter hingelenkt werden, sagt J.L. Aber nur im selbständigen Kampf der gewerkschaftlich und unter Führung der Partei organisierten Klasse können die Kräfte der Arbeitermassen zur Geltung gebracht werden. J.L. sagt nier nicht sehr viel zur Frage der Gewerkschaft, aber was er sagt, entspringt einer anderen politischen Linie oder deutet zumindest eine andere Linie an, wie er es ja auch selbst ausdrücklich hervorhebt. Ich weiss nicht, warum er mit der Austragung dieser Differenz bis zum zum neuen RB warten will, denn erstens steht er im klaren Gegensatz zum alten RB, zweitens würde ich wenn ich die KB-Politik in einer derart wichtigen Frage für falsch halte, nicht eine Woche vorbeigehen lassen, ohne damit zu beginnen, dagegen Sturm zu laufen.

Auf Seite 24 kommt J.L. auf eine weitere politische Frage zu sprechen, auf die sogenannte Iberia-Aktion. Diese wird von J.L. verurteilt, weil sie "massenfeindlich und daher falsch" war, weil wir daraus "geschwächt hervorgegangen" seien, "was die Verankerung in den Massen betrifft", weil wir uns "isoliert" und "der revolutionären Bewegung geschadet" hätten. Was das politische Ziel der Aktion war und in welchem politischen Zusammenhang sie erfolgte - das interessiert J.L. nicht. Darüber verliert er kein Wort. Auch die bürgerlichen Hetzer und Journalistenschmierfinken interessiert das nicht, aber J.L. hätte sich ja nicht auf dieses Niveau begeben müssen. "Die Massen interessiert das auch nicht!" - höre ich ihn da schon schreien. Das ist eben sein Irrtum und der Grund des Irrtums ist sein eigenes Interesse. Dagegen hat man sich in gewissen Kreisen der Sozialdemokraten und Revisionisten selbstverständlich dafür interessiert, denn dass diese Sache sogar Gegenstand der Aktionseinheitsbesprechungen war, liegt ja nicht daran, dass einige führende Funktionäre plötzlich Lust aufs Steineschmeissen gekriegt haben. Man konnte in gewissen Kreisen dieser pditischen Organisationen sogar mit Sympathie für die Aktion rechnen und es gab grosse innere Widersprüche. Das sind durch Agitationserfahrungen belegte Tatsachen. Die Massen selbst, der Durchschnittsarbeiter, hat sich ebenfalls stark für Sinn und Zweck der Aktion interessiert und ist nicht einfach den Hetzern auf den Leim gegangen. Es ist ebenfalls eine Tatsache, dass tags darauf nicht die Frage, ob man Steine gegen das Iberia-Büro schmeissen darf odernicht, sondern die Frage, ob die Aktion der Solidarität mit Spanien diente, die Agitationsszenerie beherrschte. Die Massen waren eben weiter als J.L. Und wenn man begründen konnte, dass die Aktion der Solidarität diente, dann konnte man auch stets/bei der Mehrheit der Menschen Sympathie dafür gewinnen. Diese Aussage beruht ebenfalls auf Berichten aus der Betriebs- und Stadtagitation. Dass die Erfahrungen von J.L. andere sind, glaube ich gern. Mit seiner Einstellung konnte es gar nicht anders sein. Wahrscheinlich konnte er die Leute davon überzeugen, dass die Aktion schädlich war. Von der "Isolierung" und "Schwächung" war ebenfalls nichts zu merken. J.L. muss den Tatsachen Gewalt antun und die tatsächlichen Erfahrungen der Organisation leugnen.

Was aber viel schwerer wiegt, ist der ganze Gesichtspunkt, unter dem er die Frage behandelt. Nur mehr auf die bürgerliche Hetze wird da gestarrt, voller Angst, dass sie unter den Massen verfangen könnte. Nur der Bourgeoisie keine Angriffsflächen bieten! - aus einen richtigen taktischen Prinzip ist da eine Angst geworden, die einem das Hirn lähmt. Der ganze Geist, in dem dieser Abschnitt geschrieben ist, ist der Geist: Nur ja nichts tun, damit wir keine Fehler machen können! Nur ja nichts tun, damit wir der Bourgeoisie keinen Worwand für ihre Hetze geben und Angriffsflächen bieten!

Dieser Geist findet seinen Ausdruck auch in den Argumenten gegen die Aktion. Da heisst es erstens, dass heute "die österreichische Bevölkerung gegen Gewaltaktionen eingestellt ist, besonders wenn sie ihren Sinn nicht einsieht." In dem bürgerlichen Sinn, in dem das gilt, ist die Bevölkerung auch gegen Demonstrationen eingestellt, gegen Streiks eingestellt usw.usf, "besonders wenn sie ihren Sinn nicht einsieht", was ihr angesichts der bürgerlichen Massenmedien nicht immer sehr leicht fallen dürfte. Ein zweites Argument ist, dass die Massen nichts über Spanien gewusst hätten, und daher gegen die Aktion sein mussten. Kommentar überflüssig! Das ist nebenbei die einzige Stelle, wo J.L. einen Zusammenhang zwischen der Aktion und der ihr zugrundeliegenden politischen Frage herstellt, - und sie spricht gegen ihn.

Das Argument Nr. 4, dass die Führung des Kampfes auf die Trotzkisten überging, hat J.L. entweder ebenfalls aus der Luft gegriffen - oder aus der "Volksmacht". Sollte letzteres der Fall sein, dann hat er nur übersehen - ein guter Ratschlag für die

Zukunft! -, dass mit den dort so titulierten "Trotzkisten" fast immer wir gemeint sind.

Interessant ist vielleicht noch der letzte Satz dieses Abschnittes. "Hier (in der Verteidigung der Aktion und überhaupt unserer Politik) Rückgrat zu beweisen, kostet nichts als ein bisschen Stehvermögen bei Diskussionen." Wenn man die Wahrheit auf seiner Seite hat, kostet es "nur" das. Es gilt insbesondere für Diskussionen unter den Massen. Zum Glück haben die Mehrzahl der Genossen so viel Stehvermögen gehabt und haben sich nicht gleich von den Massen einschüchtern lassen und kapituliert.

Auf der letzten Seite, in der sogenannten "Zusammenfassung", ist nicht mehr von den Differenzen der politischen Linie die Rede, sondern wird der KB bzw. die KB-Leitung von anderen Gesichtspunkten her angeflogen. Z.T. handelt es sich hier um den Abklatsch verschiedener VRA-"Argumente", z.T. ist die Sache von Interesse wegen der Art von "Kritik", wie sie hier geübt wird. Zuerst heisst es, dass ein "wichtiges Merkmal der KB-Politik" "die häufig fehlende Massenlinie oder schärfer ausgedrückt: Ihre Massenfeindlichkeit" sei. "Massenlinie" bedeutet, die richtige politische Linie gestützt auf die Massen zu realisieren. Alles hängt also in erster Linie von der politischen Linie selbst ab. Die politische Linie der VRA z.B. muss zwangsläufig dazu führen, dass sie im politischen Leben kleinwinzig und bedeutungslos bleibt. Mit ihrer Gewerkschaftslinie, mit ihrer Aktionseinheitspolitik, mit ihrer Haltung zum Streben der Massen nach Demokratie, usw., usf., mit dem, was sie infolgedessen zu den Fragen des wirtschaftlichen und politischen Klassenkampfes zu sagen hat, kann sie keinen Einfluss gewinnen, sondern wird/sich von den Massen isolieren. Die "Massenlinie" des "Schulterklopfens", des "klassen Burschentums" und der sogenannten "volkstümlichen Ausdrucksweise" kann daran nichts ändern. Auch J.L. vertritt - wie dargestellt - in seiner "Stellungnahme" eine solche falsche politische Linie. Sektierertum bleibt Sektierertum, auch wenn es sich noch so sehr auf die Massen beruft, um sich zu rechtfertigen. Dazu kommt bei der VRA ebenso wie bei J.L. ein starker Defaitismus, eine starke Unterschätzung der Massen und eine starke Überschätzung der Bourgeoisie, letztlich der Unglaube an die Perspektive der Revolution und des Sozialismus in Österreich. Auch das ist nicht gerade das, was man sich unter Massenlinie vorstellt. Was den KB Wien betrifft, arbeitet er auf einer richtigen politischen Linie, die ihm auch eine richtige Massenlinie ermöglicht. Dass es bei der Umsetzung der politischen Linie in der Praxis noch viele Mängel und Fehler und vile "massenfeindliche" Erscheinungen gibt, stimmt zweifellos. Aber mit der richtigen politischen Linie haben wir auch die Möglichkeit in der Hand, das zu ändern. Auf die im 1. Absatz der "Zusammenfassung" genannten "Beweise" für unsere "Massenfeindlichkeit" bin ich zum Grossteil schon eingegangen, zum Grossteil reflektieren sich hier nämlich nur die eigenen politischen Fehler von J.L.

Dann kommt die Charakterisierung des KB als "Intellektuellen-Organisation". Ist damit die politische Linie und Praxis des KB gemeint, ist er natürlich keine Intellektuellen-Organisation. Ist die soziale Zusammensetzung des KB gemeint, dann ist er genausoviel oder genauso wenig "Intellektuellenorganisation" wie die VRA, ganz abgesehen davon, dass eine Organisation nicht allein nach ihrer sozialen Zusemmensetzung charakterisiert werden kann. Das soll nur klargestellt werden, damit die Anschauung: VRA - Arbeitervewegung/KB - Intellektuelle, die sich zur Arbeiterklasse bewegen - vom Tisch ist. Auch J.L. tischt diese Geschichte am Ende des Abschnittes auf. Da kommt die Leier von der fehlenden Verbindung mit dem "Erbe" der Arbeiterbewegung in der bekannten Art und Weise, als ob die VRA das "Erbe" der Arbeiterbewegung wäre. Da kommt die Leier von der "Dreierverbindung", als ob die KPCh anstreben würde, alte, mittlere und junge Kader zusammenzuschliessen unabhängig von der politischen Linie, die sie jeweils vertreten, wie die VRA und auch J.L. es offenbar ventilieren, wenn wir als die "jungen" und die VRA als die "älteren" Kader aufgefasst werden. Da kommt die Leier von "Buchweisheit" und "Talmudismus". Usw., usf.

Zitierenswert ist noch der folgende Absatz: "Dies gilt gerade auch für die Leitung, deren Mitglieder nicht als Führer aus Massenkämpfen hervorgegangen sind (was in unserem Land bisher auch schwer möglich war), deren Verbindung mit den Massen mir aber gerade für eine junge kommunistische Organisation (die aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist) doch zu gering ist. Eine solche 'banale'Kritik offen vorzubringen, ist zwar bei uns unüblich, sie gibt es lediglich im 'Untergrund' der Organisation; ihre Äusserung halte ich jedoch für längst angebracht und auch für nützlich." (Zitat S. 27).

Zuerst wird den Leitungsmitgliedern etwas vorgeworfen, was nicht nur "in unserem Land bisher auch schwer möglich war", sondern überhaupt eine seltsame spontaneistische Sichtweise verrät. Sind Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung "aus Massenkämpfen hervorgegangen"? In welchem Sinn könnte man das nur sagen? Doch nur in dem Sinn, dass sie Führer ihrer Klasse und als Parteiführer eng mit den Massen verbunden waren. Sich auf die Massen stützen und die Massen führen hat allerdings nicht "gerade" eine "junge kommunistische Organisation" notwendig, sondern jede. Der reale Kern der Überlegungen von J.L. kann nur die Frage der Massenlinie der Organisation sein und nichts anderes. Denn....Verbindung mit den Massen bedeutet für mich niemals die "Verbindung" einer Einzelperson "mit den Massen", was vielleicht die VRA darunter verstehen mag, sondern Verbindung der Organisation mit den Massen. Dazu wurde oben schon das Wichtigste gesagt. Was J.L. als Kritik vorbringt, könnte sich also nur darauf beziehen, dass sich die Leitung nicht oder zu wenig auf die Grundeinheiten der Organisation stützt. Dann müsste er konkrete Tatsachen vorweisen. Eher scheint es mir aber, dass er meint, dass die "Verbindung" der einzelnen Leitungsmitglieder "zu den Massen" "doch zu gering" sei. Damit könnte wiederum nur das Verhalten am Arbeitsplatz gemeint sein oder dass die meisten Leitungsmitglieder nicht in einer Grundeinheit der Organisation tätig sind oder dass sie nicht bei den Betrieben verteilen oder.... Es wäre gut, diesen angeblichen "Untergrund" der Organisation ans Tageslicht zu bringen und eine eindeutige Kritik zu formulieren, über die man konkret reden kann. In einzelnen Fragen hätte so eine Kritik sicher ihre Berechtigung, aber aus solchen Mängeln und Fehlern "mangelnde Verbindung der Leitung mit den Massen" abzuleiten und das wiederum als Ursache für eine falsche politische Linie anzugeben - ist eine falsche Betrachtungsweise, die zurückgewiesen werden muss.

Zusammenfassend kann man die politischen Vorstellungen von J.L., wenn man sie konsequent verfolgt, als ein von starkem Defaitismus geprägtes Sektierertum bezeichnen, das sich ins Gewand der "Massenfreundlichkeit" hüllt, aber in der Tat angebliche Haltungen und Meinungen der Massen dazu benutzt, um vor den Aufgaben der Kommunisten zurückzuweichen und zu kapitulieren. J.L. vertritt auf der ganzen Linie eine andere politische Linie als der KB Wien.

W.L.